

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 180. Ratssitzung vom 13. Dezember 2017

3589. 2017/311

Weisung vom 13.09.2017:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2018 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 179, Beschluss-Nr. 3589/2017)

Beschlüsse:

Antrag 034.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Elisabeth Liebi (SVP): Die SVP fordert seit Jahren die Auflösung der Fachstelle für Gleichstellung. Daran hat sich nichts geändert. Die Fachstelle ist ein Ausdruck der rot-grünen Ideologie. Das neueste Beispiel: Auf der Webseite der Fachstelle wurde ein Link mit gendersensiblen Jugendbüchern publiziert. Wörtlich heisst es: «Die Bücher spielen mit gängigen Klischees und drehen sie anschliessend lustvoll um oder sie öffnen den Blick von vornherein für eine grosse Vielfalt an Lebensformen.» Das sieht einmal mehr nach Umerziehung aus. Auch hier kommt das Thema wieder von den Linken. Die Fachstelle ist stolz auf ihre Integrationsaktivitäten im Bereich Gleichstellung. Zum Islam, einem wachsenden Bereich unserer Gesellschaft, den wir nicht wollen, bezieht sie keine Stellung. Beim Thema Zwangsheirat schreibt die Fachstelle sogar explizit, Zwangsheirat sei keine Frage der Religion. Wir setzen in allen Lebensbereichen auf Eigenverantwortung. Es braucht keine mit über 1 Million Franken alimentierte sogenannte Fachstelle, die uns das gesellschaftliche Leben vorschreiben will. Es ist klar, dass die Arbeitsverhältnisse nicht per sofort gekündigt werden können. Wir möchten das Budget um die Hälfte kürzen, damit die Fachstelle bis Mitte Jahr aufgelöst werden kann.

Shaibal Roy (GLP): Als Erstes habe ich gegoogelt, was Gender-Fetischismus sein soll, und habe viel gelernt über alle Arten von Fetischismus. Ich weiss aber immer noch nicht, was Gender-Fetischismus sein soll. Der Antrag ist eindeutig politisch motiviert. Er ist aber nicht umsetzbar, da er einer Massenentlassung gleichkommen würde. Es ist nicht klar, wie er umgesetzt werden soll. Ich bin mir auch nicht sicher, ob sich die Antragssteller darüber im Klaren sind. Beim Saldo sind gleichzeitig Aufwand- und Ertragskonti betroffen. Wir haben in der Stadt noch keine Gleichstellung erreicht. In der Stadtverwaltung ist man dem Ziel der Lohngleichstellung ein Stück nähergekommen. Die Zielschwelle ist aber noch lange nicht erreicht. Es gibt immer noch eine nicht erklärbare Differenz von 0,6 %. Diese ist zwar gering, existiert aber und kann nicht wegdiskutiert oder weggekürzt werden. Im privaten Sektor ist die Differenz mit 7,1 % noch viel ausgeprägter. Das ist eine tragische Zahl, auch wenn wir gegenüber dem gesamtschweizeri-

schen Wert von 7,4 % einen kleinen Vorsprung haben. Die Zahlen zeigen aber auf, dass im privaten Sektor noch viel Handlungsbedarf besteht. Unterstützung in Form von Aufklärung ist darum immer noch nötig.

Weitere Wortmeldungen:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Es ist keine Überraschung, dass der Antrag erneut gestellt wird. Die Begründung bei Antrag 34 hat aber diesmal eine neue Dimension erreicht. Die Fachstelle soll per Juli 2018 aufgelöst werden. Dies wird damit begründet, dass die Arbeit der Fachstelle unnötig sei und zunehmend einem schädigenden Gender-Fetischismus ver falle. Diese Begründung können wir nicht akzeptieren. Sie soll vermutlich provozieren. Ich gehe davon aus, dass sie nicht von Elisabeth Liebi (SVP) geschrieben wurde. Die Provokation ärgert mich nicht. Aber die Begründungen sind öffentlich zugänglich. Wer die Arbeit des städtischen Personals derart gering schätzt, muss sich nicht wundern, wenn er nicht ernst genommen wird und von den bürgerlichen Partnern keine Unterstützung erhält. Die SVP ist bekannt für ihre provozierenden Voten und Vorstösse. Irgendwann funktioniert das aber nicht mehr. Antrag 35 geht ebenfalls sehr weit. Er wird von allen bürgerlichen Parteien unterstützt. Über zwei Drittel der gesamten Ausgaben der Fachstelle sollen gemäss Antrag 35 gestrichen werden. Dort lautet die Begründung, dass sich die Fachstelle auf die Kernaufgaben beschränken soll. Auch diese Forderung ist nicht neu. Vor einigen Jahren war Severin Pflüger (FDP) der Meinung, es reiche aus, wenn die Fachstelle aus einem Chef und einer Sekretärin bestehe. Wir werden auch diesen Antrag ablehnen. An all jene, die den Eindruck haben, Gleichstellung sei bereits erledigt: Wir sind noch weit davon entfernt.

Elisabeth Liebi (SVP): Shaibal Roy (GLP) sprach von einer Massenentlassung. Es geht um acht Stellen. Für mich handelt es sich um Massenentlassungen, wenn Banken Tausende von Personen entlassen. Diese Personen können nicht einfach wieder untergebracht werden. In der Stadt dürfte es jedoch kein Problem sein, acht Stellen zu finden.

Samuel Balsiger (SVP): Ich kann gerne erklären, was Gender-Fetischismus ist. Ein Beispiel: Im Rat spricht man von «die Rednerinnen- und Rednerliste ist geschlossen». Ein weiteres Beispiel: In der Bibel wird nicht mehr davon gesprochen, dass der Mann zu Eva kam, sondern es wird von einem Menschen gesprochen. Diese Formulierungen sind total losgelöst vom realen Bezug. Eine Rednerliste ist ein feminines Substantiv und hat keinerlei Bezug zu Mann oder Frau. Es ist gaga, was hier stattfindet. Die Frauen sind in der realen Welt, anders als in der Gedankenwelt der Linken, schon lange gleichgestellt. Die wichtigsten Persönlichkeiten an den Spitzen der Parteien europäischer Länder sind Frauen, so etwa die Anführerin der französischen Rechten, die Anführerin der britischen Rechten oder die Anführerin der sogenannten ehemaligen bürgerlichen CDU. Es gibt wissenschaftliche Studien, die belegen, dass die Unterschiede bei den Löhnen – nach Bereinigung von verschiedenen Faktoren wie etwa die Art der Arbeit – zwischen Mann und Frau auf 2 % sinken. Die Gleichberechtigung ist in den Köpfen der Menschen angekommen. Der Gender-Gaga existiert nur noch in den Köpfen der Linken.

Stefan Urech (SVP): An der Pädagogischen Hochschule wird uns beigebracht, dass wir die Form «-ende» verwenden sollen, um Geschlechtsneutralität auszudrücken. Ich unterstütze den Begriff «Gender-Fetischismus». Man findet es geil, über das Thema zu sprechen, meint es aber nicht ernst. Kürzlich wählten wir im Rat das PUK-Präsidium. Es wurde die Anforderung gestellt, dass die Person juristisches Vorwissen vorweisen können muss. Es standen zwei Personen zur Auswahl, die politisch ungefähr gleichgesinnt sind. Die Frau war juristisch äusserst kompetent. Der Mann, ein Ingenieur, hat mit Juris-terei nichts am Hut. Genau diejenigen, die nun sagen, dass es ein Problem sei, dass Frauen nicht in Führungspositionen gelangen, wählten für das PUK-Präsidium den für diesen Job weniger qualifizierten Mann anstatt die viel besser qualifizierte Frau. Ich fragte in der GPK nach einem Statement von der Fachstelle für Gleichstellung zu dieser Wahl. Es wurde mir gesagt, ich solle diese Frage nicht stellen, sie sei lächerlich. Das ist der Beweis, dass es diese Parteien nicht ernst meinen. Sie bewirtschaften ein Problem, das gar nicht existiert. Mit dieser Political-Correctness-Aktion und entsprechenden Fachstellen wird das Problem nicht gelöst, sondern es werden unnötig Probleme geschürt.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Als Leiter des Schwerpunkts für Geschlechtervarianz am Unispital Basel muss ich die SVP-Fraktion über einige Punkte aufklären. Fetischismus ist dadurch definiert, dass man nur mit toten Gegenständen zu sexueller Erregung kommt, das heisst, mit Objekten oder Symbolen. Die SVP-Fraktion bringt wieder einmal eines ihrer Lieblingsthemen zur Sprache. Elisabeth Liebi (SVP) sagte, Gender oder Transgender sei ein politisches Thema. In meiner Praxis werden pro Jahr hundert Personen vorstellig, unter Anderem führende Mitglieder der SVP. Die Behauptung, Transmenschen seien links, ist nicht nur für den Rat verletzend, sondern insbesondere für diese Personen. Im Rat existiert Redefreiheit. Doch das, was wir im Rahmen dieser Diskussion hören, ist eine strukturelle Stigmatisierung dieser Menschen. Es verletzt sie. Wer das nicht glaubt, darf mich gerne in Basel besuchen. Die Menschen kämpfen täglich für diese Themen. Die Ratsmehrheit hat sich dafür entschieden, dass die Fachstelle für Gleichstellung einen entsprechenden Auftrag haben soll. Es handelt sich um einen demokratischen Entscheid. Ich wehre mich dagegen, dass das Thema der Minderheiten ständig mit dem Bereich der Pädophilie, Pornographie und Sexualisierung in Verbindung gebracht wird.

Simone Brander (SP): Der Umgang mit einer geschlechtersensiblen Sprache ist mir wichtig. Das ist bekannt. Auch Samuel Balsiger (SVP) hat entdeckt, dass der Umgang mit der Sprache wichtig ist und man darüber nachdenken sollte, wie man beim Sprechen mit den Geschlechtern umgehen soll. Offenbar hat er aber noch nie unsere Geschäftsordnung gelesen. In Art. 27 steht ganz klar: «Redeliste». Der Gemeinderat hat sich mit dieser Frage nämlich bereits beschäftigt. Wenn sich die SVP bezüglich der Geschlechtergerechtigkeit in der Sprache Gedanken macht, könnte sie im Übrigen künftig auch ihre Vorstösse dahingehend überprüfen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Das Thema ist ernst zu nehmen. Das ist unbestritten. Mittlerweile sind bereits viele Frauen in wichtige Positionen gekommen, so etwa bei der Post. Man kann kritisieren, warum diese Frauen diesen oder jenen Entscheid gefällt

haben, der negativ war. Mich amüsiert, dass sich Karin Rykart Sutter (Grüne) über die Begründung des Antrags enerviert hat, in dem steht, dass die Fachstelle unnötig sei. Wenn man die Begründung genau liest, stellt sich ein hermeneutisches Problem. Der Satz «die Arbeit ist unnötig» könnte sich ebenso auf den ersten Teil des Satzes beziehen, auf «die Auflösung der Fachstelle». So gedeutet wäre eine gewisse Ironie vorhanden.

Johann Widmer (SVP): Karin Rykart Sutter (Grüne) äusserte sich in stark diskriminierender Weise gegen meine Kollegin Elisabeth Liebi (SVP). Dr. David Garcia Nuñez (AL) unterschob Elisabeth Liebi (SVP) zudem etwas, was sie gar nicht gesagt hatte. Es ist nicht so, dass es nur auf der linken Seite Transmenschen gibt. Karin Rykart Sutter (Grüne) behauptete sinngemäss, ein Ratsmitglied auf unserer Seite könne seine Voten nicht selber schreiben. Das ist eine typische Diskriminierung. Als Feministin sollte sie sich für diese Aussage schämen. Das beweist, dass das Gleichstellungsbüro obsolet ist und man es schliessen sollte. Ich habe zudem noch eine schriftliche Anfrage pendent, da ich in der ganzen Sache strafrechtlich relevante Probleme sehe.

| | | | | | | |
|-------------|--|---|--------------|--|-----------|--|
| S. 125 | 15 1506 Saldo | PRÄSIDIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Laufende Rechnung / Saldo | | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag | Stimmen |
| 034. | Antrag Stadtrat | | | | 1 727 600 | Mehrheit |
| | | | 863 800 | | 863 800 | Minderheit |
| | | | | | | Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP) |
| | | | Begründung: | Gestaffelte Auflösung der Fachstelle per Juli 2018: Die Arbeit ist unnötig und verfällt zunehmend einem schädigenden Gender-Fetischismus | | |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 035.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Severin Pflüger (FDP): Wir kommen nun zu jenem Antrag, der die Fachstelle reduzie-

ren, aber nicht abschaffen will. Auch dieser Antrag ist wiederkehrend. Wir haben noch keine Gleichstellung erreicht. Man kann dies an verschiedenen Beispielen aufzeigen. An denselben Themen kann man auch aufzeigen, dass man die Gleichstellung, so wie wir sie uns vorstellen, auch dann nicht erreichen würde, wenn man 17 Millionen Franken oder 1,7 Milliarden Franken statt 1,7 Millionen Franken budgetieren würde. Die Fachstelle ist mit 1,7 Millionen Franken deutlich überdotiert für die Aufgaben, die sie sinnvollerweise wahrnehmen kann. Für die Fachstelle für Gleichstellung des Kantons wurden 700 000 Franken budgetiert. Das ist ein sinnvoller Betrag für ein Gemeinwesen wie die Stadt oder den Kanton. Entsprechend fordern wir in den Anträgen 35 und 36 eine Kürzung von 600 000 Franken beim Personal respektive 200 000 Franken bei den Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter. Es kommen noch einige weitere Bereiche dazu. Nach den Kürzungen bliebe ein Betrag von 700 000 Franken. Zwei Bemerkungen zu Themen, bei denen wir noch keine Gleichstellung erreicht haben: Wie bereits erwähnt standen für das PUK-Präsidium ein Mann und eine Frau zur Wahl. Beide wären fähig gewesen, diese Aufgabe auszuführen. Die Frau wurde nicht gewählt. Der Grund dafür lag darin, dass man der CVP eins auswischen wollte, weil sie sich zum Top5-Bündnis bekannte. Dies wurde an einem Abendessen des Gewerbeverbandes von zwei SP-Vertretern bestätigt. Das zweite Thema wurde in einer DOK-Sendung sichtbar, die das Thema der Gleichstellung in der Ehe und im Privaten thematisierte. Auch Stadtrat Raphael Golta und seine Frau kamen darin vor. Man sah, wie die Frau überanstrengt von der Arbeit nach Hause kam und im Interview sagte, sie würde im Beruf gerne weiterkommen, dies sei aber aufgrund der familiären Situation nicht möglich. Man sieht, wie sie mit den Kindern das Abendessen einnimmt und die Kinder ins Bett bringt. Danach wird zu ihrem Mann übergeblendet, der im SP-Sekretariat mit einer Gemeinderätin und einem Kantonsrat auf einer sehr hohen Flugebene darüber diskutiert, in wie vielen Jahren man Gleichstellung erreichen wird. Im Verlauf des Films sagt Raphael Golta später sinngemäss, dass bei ihm zu Hause keine Gleichstellung herrsche, weil es nicht möglich sei. Er unternehme in seinem Beruf allerdings so viel für Gleichstellung, dass es egal sei, dass bei ihm zu Hause keine Gleichstellung existiere. Das ist ein typischer Machismo. Viele Männer haben den Eindruck, dass das, was sie beruflich machen, wesentlich wichtiger ist als das, was die Frau macht, so dass es egal ist, dass die Frau nicht gleichgestellt ist, weil die Arbeit des Mannes im grossen Ganzen wichtiger ist. Wir müssen uns immer wieder selber überprüfen, ob wir Gleichstellung leben. Auch mir gelingt dies nicht immer. Bei schwierigen Fragen drücke ich meine Bedürfnisse durch. Wir können diese Frage aber nicht mit mehr Geld lösen. Es müssen alle selber bei sich damit anfangen. Natürlich kann man die öffentliche Meinung bis zu einem gewissen Grad bearbeiten. Die Frage ist, ob wir das wirklich wollen. Für die Aufgaben der Fachstelle reicht wie erwähnt ein Betrag von 700 000 Franken. Davon betroffen sind in Antrag 35 die Löhne und in Antrag 36 die Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter. Man will gar nicht so viel Gleichstellung, dass der Staat in diesem Umfang und in dieser Tiefe eingreift, damit die noch fehlende Gleichstellung erreicht werden kann. Wir erreichen diese Schwelle nur mit Freiwilligkeit und dadurch, dass wir uns selber jeden Tag hinterfragen, ob wir es richtig machen. Dazu gehört auch, dass wir manchmal zum Schluss kommen, dass wir es falsch machen und dann daraus lernen.

Shaibal Roy (GLP): Die FDP stellt die Forderung, dass sich die Fachstelle auf die Kernaufgaben konzentrieren soll. Dann sollte sie diese auch nennen und erläutern, wie die Forderung umgesetzt werden soll. Dem Votum von Severin Pflüger (FDP) habe ich entnommen, dass sich die Fachstelle um Fragen im Gemeinderat kümmern soll. Stefan Urech (SVP) beklagte sich, dass ihm im Vorfeld verboten worden sei, eine Frage zur PUK-Wahl zu stellen. Ich habe diese Frage selber gestellt und lese die Antwort vor: «Aufgrund der Gewaltentrennung ist die Fachstelle für Gleichstellung nicht befugt, Massnahmen im Bereich der gleichstellungspolitischen Ziele im Gleichstellungsplan, Geschlechtervertretung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie etc. im Gemeinderat umzusetzen. Es wäre am Gemeinderat, der Fachstelle einen entsprechenden Auftrag zu erteilen.» Wenn es die Antragsstellenden ernst meinen, sollten sie einen entsprechenden Auftrag erteilen. Beim vorliegenden Antrag sollte man an die Umsetzbarkeit denken und sich überlegen, was man erreichen will, wenn man sagt, dass die Gleichstellung in allen Köpfen schon umgesetzt ist. Ich zweifle daran, dass dies der Fall ist. Beide Anträge gehen in die Richtung, dass die Fachstelle auf nötige Umsetzungen reduziert werden soll, die nicht ausformuliert werden. Sobald die Kernaufgaben definiert sind, können wir darüber diskutieren, was der richtige Umfang der Fachstelle sein sollte. Willkürlich eine Zahl festzusetzen und einen entsprechenden Antrag zu stellen, ist keine qualitativ hochstehende Leistung.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Der Vertreter der Minderheit äusserte sich im Rahmen der Budgetdebatte zum wiederholten Mal abschätzig über meine Fraktion. Das ärgert mich. Es wird behauptet, wir seien kognitiv nicht fähig, etwas zu lesen, oder wir seien zu faul, etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Ich bitte darum, dass die Minderheit künftig sachlich bleibt. Wir sind in der Opposition und müssen das Budget genau prüfen. Für die anderen ist das nicht angenehm. Aber sie sollten nicht behaupten, wir hätten die Begründung oder das Konto nicht verstanden und seien nicht in der Lage, das komplexe Material zu verarbeiten.

Dr. Pawel Silberring (SP): Eine Korrektur zum Votum von Severin Pflüger (FDP): Ich habe an dem von ihm erwähnten Abendessen des Gewerbeverbands teilgenommen. Der Grund für unsere Wahl der GLP-Vertretung ins PUK-Präsidium war nicht eine Geschlechterfrage oder weil wir der CVP eins hätten auswischen wollen. Wir wollten jemanden wählen, der in den Zeiten vor den Wahlen neutral ist, und jemanden, der nicht im Stadtrat vertreten ist. Wenn Severin Pflüger (FDP) schon aus einem halbprivaten Umfeld zitiert, dann sollte er korrekt zitieren.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Das Votum von Severin Pflüger (FDP), das eine Art Selbstoffenbarung preisgab, hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass man etwas mehr Geld zur Verfügung hat, um permanent darauf hinzuwirken, dass sich gewisse Sachen endlich ändern. Man kann nicht darauf warten, dass die Männer vielleicht freiwillig irgendwann merken, dass es jetzt darum ginge, wirklich 50:50 zu übernehmen. Es braucht Workshops, Beratungen, Öffentlichkeitsarbeit. Man muss auch die Frauen stärken, damit sie hinstehen und sich ihren Teil nehmen, auch wenn der Mann meint, er sei wichti-

ger. Es braucht Unterstützung und Schulungen. Für die jungen Männer der nächsten Generation wird es hoffentlich normal sein, dass sie beides zu gleichen Teilen übernehmen. Solange es nicht so ist und solange man im Gemeinderat sagen darf, dass der Machismo noch funktioniert, ist die Fachstelle für Gleichstellung dringend nötig.

Roger Tognella (FDP): Ich habe vor 23 Jahren geheiratet. Meine Frau ist eine starke Frau. Sie wählt eine andere Parteifarbe als ich. Wir teilen nicht das ganze Gedankengut. Sie ist selbstständig in den Gedanken, die sie herumträgt und in dem, was sie in die Öffentlichkeit transportiert. Das Votum von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) ist ein Hohn für alle Frauen, die stark sind und sich bemühen, in der Gesellschaft ihren Beitrag zu leisten, zum Beispiel auch in der Politik. Katharina Prelicz-Huber (Grüne) gehört selber auch zu diesen Frauen. Wie sie dazu kommt, sämtliche Frauen unter den Generalverdacht zu stellen, sie seien nicht stark genug, sich gegen diese Männerdomäne zu wehren, verstehe ich nicht. Ich kann zu Hause nur ein einziges Thema nicht ausdiskutieren mit meiner Frau: Die Verkehrsproblematik. Dort sind wir uns nie einig. Aber man darf nicht einfach davon ausgehen, dass Personen nicht stark genug sind, sich durchsetzen zu können. Zum Votum von Dr. Pawel Silberring (SP): Er kann dies alles schönreden. Auch ich war an der erwähnten Veranstaltung dabei. Die Gruppe besteht mehrheitlich aus Mitgliedern der FDP und aus einigen Mitgliedern der SP und der SVP. Nun wird einfach behauptet, dass das, was wir gehört haben, falsch sei. Marco Denoth (SP) war ebenfalls dabei. Er müsste uns eigentlich Recht geben.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Die Debatte löst indirekte Effekte aus. Es geht um alles Mögliche, nur nicht um die Fachstelle. Die Auseinandersetzung zwischen den Grünliberalen und Severin Pflüger (FDP) zeigte den Unterschied zwischen dem, was grünliberal ist und was wirklich liberal ist. Ich schätzte das selbstkritische Votum von Severin Pflüger (FDP). Die Grünliberalen hingegen zogen alles ins Lächerliche und wirkten schon fast etwas machomässig. Katharina Prelicz-Huber (Grüne) war rhetorisch brillant, bezeichnete aber das Votum von Severin Pflüger (FDP) als Selbstoffenbarung. Wenn jemand selbstkritisch ist, sollte man das nicht als Selbstoffenbarung bezeichnen und ins Lächerliche ziehen. Alle Workshops nützen nichts, wenn sich die innere Einstellung nicht ändert. Mit solchen Voten erreicht man keine Öffnung, sondern eine Abwehrhaltung.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Wir sprechen über die Fachstelle für Gleichstellung. Die Stelle hat den berechtigten Anspruch, dass sie Fachlichkeit in eine Diskussion bringt, die viele von uns auch persönlich betrifft und berührt. Genau um diese Fachlichkeit muss es gehen, wenn wir über die Fachstelle sprechen. Ich glaube Severin Pflüger (FDP), dass es die FDP ernst meint mit der Gleichstellung oder mit dem Versuch, im Privaten gleichgestellt zu leben. Ich erlebe es selber auch immer wieder selbst im Privaten. Wir sind nicht in derart unterschiedlichen Milieus unterwegs. Wir leben beide in einer Stadt, die über gute Strukturen verfügt und in der wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich besser leben können als es an vielen anderen Orten der Fall ist. Wir sollten aufpassen, dass wir uns mit persönlichen Anekdoten nicht in einer Blase bewegen, die mit dem eigentlichen Thema nicht genügend zu tun hat. Das eigentliche Thema sind die strukturellen Fragen von Diskriminierungen am Arbeitsplatz oder in Bereichen

des Privatlebens, strukturelle Fragen von Ungleichberechtigung. Wir sprechen nun immer nur von der Frau als Betroffene. Bei der Gruppe der Frauen ist mengenmässig sicherlich die grösste Betroffenheit vorhanden. Betroffen sind aber auch Männer. Es gibt noch sehr viel zu tun, wenn man die strukturellen Fragen angehen will. Genau dafür ist die Fachstelle für Gleichstellung da. Wir kennen die Fragestellung der FDP und nehmen sie ernst. Ich bitte aber darum, in dieser Diskussion auf der strukturellen Ebene anzusetzen. Die Ebene der persönlichen Versuche, Gleichstellung zu leben, und die Ebene eines Stadtratsmitglieds, das sich in einem Dokumentarfilm massiv exponiert hat und nun keine Möglichkeit hat, auf diesen Angriff zu replizieren, ist nicht die Ebene, die uns in der Gleichstellungsfrage weiterbringt. Auf der Ebene der Gleichstellungsfrage verbindet uns mehr, als uns trennt.

Derek Richter (SVP): Die Fachstelle für Gleichstellung in Winterthur wurde aufgrund des städtischen Budgetkollapses geschlossen. Winterthur ist deswegen aber nicht untergegangen. Im Gegenteil. Anders als in Zürich geht es wieder aufwärts mit der Stadt. Wenn man übrigens die Definition des Begriffs «Fetischismus» nachlesen will, so sieht man auf Wikipedia, worum es geht. Im Übrigen erinnere ich die Co-Präsidentin der SP der Stadt Zürich daran, dass immer noch die Frage von Roger Liebi (SVP) offen ist, ob sie Susanne Brunner, Kandidatin der Top5, wählen würde.

Dr. Davy Graf (SP): Ich verzichte.

Severin Pflüger (FDP): Die Idee des DOK-Beitrags war, die öffentliche Debatte zum Thema loszutreten und darüber zu diskutieren. Stadtrat Raphael Golta und insbesondere seine Frau offenbarten einen intimen Einblick in ihre Familie. Ich persönlich würde mich nie trauen, dies an die Öffentlichkeit zu bringen. Es wäre aber ein Fehler, wenn wir diesen Ball, den uns Stadtrat Raphael Golta zugespielt hat, im Gemeinderat nicht aufnehmen würden. Dass er nun nicht anwesend ist, ist schade. Ich hätte vielleicht ankündigen können, dass ich darüber sprechen werde und er kommen soll. Ich gehe mit Dr. Jean-Daniel Strub (SP) einig, dass persönliche Anekdoten nicht viel bringen. Sie sind zur Illustration da. Noch weniger als Anekdoten bringen aber Voten, die sich pauschal gegen die Männer einer Ratsseite richten. Man kann sich fragen, ob wir das Thema gemeinsam angehen wollen oder als ein Gegeneinander. Katharina Prelicz-Huber (Grüne) sollte sich, wenn überhaupt, an alle Männer des Gemeinderats richten, nicht nur an diejenigen der einen Ratsseite. Es gibt auch in anderen Parteien noch Aufgaben zu erledigen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Ich stelle fest, dass das Thema alle sehr bewegt. Wenn die linke Seite der rechten Seite Machismo vorwirft, und die rechte Seite der linken Seite Machismo vorwirft, haben wir noch Themen, die bearbeitet werden müssen. Die Fachstelle für Gleichstellung steht als Fachstelle in Sachen Gleichstellung für Unterstützung und Beratung zur Verfügung, mit Fachkompetenz und zur weiteren Sensibilisierung. Der Auftrag der Fachstelle wurde mit der Unterstützung und durch den Auftrag des Gemeinderats erweitert. Es geht nicht nur um Gleichstellung zwischen

10 / 42

Antrag 037.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dorothea Frei (SP): Das Bevölkerungsamt wollte die Publikation von Todesanzeigen im Tagblatt einstellen und damit 163 000 Franken einsparen. Wir sind der Ansicht, dass die Anzeigen im amtlichen Tagblatt publiziert werden sollten. Ich habe mit verschiedenen Leuten gesprochen. Sie waren der Meinung, dass sie ohne die Todesanzeigen auch kein Tagblatt mehr lesen würden. Uns reicht die Argumentation nicht, dass der «Tagesanzeiger» und die «NZZ» die Anzeigen gratis publizieren.

Shaibal Roy (GLP): Sowohl GLP als auch CVP wechseln zur Mehrheit.

| | | | | | | |
|-------------|-------------------------|---|--------------|------------------|---------------------------------------|---|
| S. 128 | 15 1530 3106 0000 | PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Bevölkerungsamt Amtliche Publikationen | | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag | Stimmen |
| 037. | Antrag Stadtrat | | | 163 000 | 12 000 Minderheit 175 000 Mehrheit | Shaibal Roy (GLP) Referent, Christian Traber (CVP) Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP) |

Begründung: Todesanzeigen sollen weiterhin im Tagblatt publiziert werden

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 038.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Ich bin etwas verunsichert. Die GLP schlug uns vor, dass die kulturellen Veranstaltungen auf dem Friedhof reduziert werden sollen. Dies ist aber nun nirgends in der Begründung zu lesen. Auf den Gräbern fanden kulturelle Veranstaltungen

11 / 42

gen statt. Wir haben diese Pietätlosigkeit heftig angemahnt und beantragen eine Kürzung von 50 000 Franken.

Alan David Sangines (SP): Wir diskutieren jedes Jahr über das Friedhof-Forum. Es ist stets ungefähr die gleiche Debatte. Die Budgetierung blieb in den letzten zwei Jahren ungefähr gleich. Wir müssen keine neue Grundsatzdebatte lancieren.

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): Zum Votum von Dr. Daniel Regli (SVP): Die getätigte Einigung wurde in der Begründung tatsächlich nicht erwähnt. Die Anpassung ging in der Fülle der Anträge unter. Wir präzisieren: Beim Friedhofs-Forum soll eine reduzierte Anzahl von Veranstaltungen stattfinden. Wir bitten das Bevölkerungsamt, sich an der Zielgrösse der Rechnung 2014 und 2015 zu orientieren und beantragen eine Kürzung von 50 000 Franken.

Dr. Daniel Regli (SVP): Man konnte in der Presse von den Gruselgeschichten lesen. Junge Leute lassen sich massenhaft anziehen, wenn sie um Mitternacht auf gruselig Weise von einem Schauspieler eine Edgar-Allan-Poe-Geschichte dargeboten erhalten. Man verspricht uns von Seiten der Stadtpräsidentin, vom Bevölkerungsamt, vom Friedhofsamt, dass dies nicht mehr stattfinden werde. Es wird aber genau gleich weitergeführt, einfach etwas anders. Die Kulturtentakel sind auf den Grabfeldern angekommen.

| | | | | | | |
|-------------|------------------|---|--------------|--------------------------------------|-----------|--|
| S. 129 | 15 | PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT | | | | |
| | 1530 | Bevölkerungsamt | | | | |
| | 3180 0000 | Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter | | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag | Stimmen |
| 038. | Antrag Stadtrat | | | | 5 741 000 | Mehrheit |
| | | | 50 000 | | 5 691 000 | Minderheit |
| | | | | | | Enthaltung |
| | | | | | | Alan David Sangines (SP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP) Präsident Walter Angst (AL) |
| | | | Begründung: | Keine Veranstaltungen Friedhof Forum | | |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

12 / 42

Antrag 039.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Andrea Leitner Verhoeven (AL): *Erfreulicherweise ist in der teuren Stadt Zürich alles rund um den letzten Gang kostenlos. Das ist eine grosszügige Geste der städtischen Gemeinschaft den Betroffenen gegenüber. Es verbindet uns alle ein bisschen in der Solidarität mit den Trauernden und zeigt, dass es, wenn es um den Tod geht, egal ist, ob man reich oder arm ist. Der Tod wäre eigentlich ein gutes Geschäft. Gestorben wird immer. Es ist schön, wenn Zürich in dieser Hinsicht wenig Marktbewusstsein zeigt. Zu dem Paket der Dienstleistungen um das Bestattungswesen gehört auch der Gratisfahrdienst zur Bestattung für die Hinterbliebenen. Es ist ein kleiner Posten und ein Kleinstposten im Gesamtbudget. Für nicht wenige Personen bedeutet er aber eine grosse Erleichterung in einem schwierigen Moment. Seit dem 1. Juni 2017 müssen sich die Hinterbliebenen selber um den Transport kümmern. Der Stadtrat hält die Nachfrage für zu klein. 1000 Mal auf 4000 Todesfälle jährlich sei der Dienst genutzt worden. Wir halten diese Zahl nicht für klein, auch angesichts dessen, dass die Dienstleistung nicht an die grosse Glocke gehängt wird. In unseren Augen ist es nicht so sehr relevant, wie viele Personen den Fahrdienst benutzen. Möglicherweise ist es aber für einige gut zu wissen, dass es den Fahrdienst gibt. Das ist Service public. Es ist der falsche Ort, um zu sparen. Es wäre kleinlich und auch etwas unsensibel, den Dienst abzuschaffen. Wenn wir die 100 000 Franken budgetieren würden, müsste man natürlich den entsprechenden Artikel zurück in die Verordnung über das Bestattungswesen setzen und auch wieder auf das Merkblatt nehmen.*

Shaibal Roy (GLP): *Der Stadtrat hat proaktiv agiert und beschlossen, dass die Dienstleistung, die übrigens schweizweit einmalig ist, eingestellt werden soll. Die Minderheit betrachtet die Dienstleistung nicht als Auftrag des Bevölkerungsamts. Viele Leute besitzen selber ein Auto oder haben Bekannte oder Verwandte, die sie auf den Friedhof fahren können. Es kann sicherlich nicht jedem Angehörigen zugemutet werden, dass er selber fahren kann. Es ist auch so, dass glücklicherweise nicht jeder ein Auto in der Stadt hat. Es wäre aber nicht richtig zu sagen, es sei ein öffentlicher Auftrag, den man wieder einführen müsse. Es ist ein Bürokratietiger, den wir deutlich ablehnen.*

| | | |
|--------|-----------|--|
| S. 129 | 15 | PRÄSIDIALDEPARTEMENT |
| | 1530 | Bevölkerungsamt |
| | 3180 0000 | Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter |

| | | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag | | Stimmen |
|------|-----------------|--------------|------------------|-----------|------------|---|
| 039. | Antrag Stadtrat | | | 5 741 000 | Minderheit | Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) |

13 / 42

100 000 5 841 000 Mehrheit

Präsident Walter Angst
(AL) Referent, Dorothea
Frei (SP), Felix Moser
(Grüne), Alan David
Sangines (SP), Peter
Schick (SVP), Stefan Urech
(SVP), Florian Utz (SP)

Begründung: Taxifahrten zu Bestattungen, Wiedereinführung (Postulat GR Nr. 2017/128)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 040.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Severin Pflüger (FDP): *Man setzt sich bei einem Antrag wie diesem automatisch dem Vorwurf aus, man sei ignorant. Die Statistik der Stadt produziert viele Statistiken. Viele davon sind nützlich. Das statistische Jahrbuch ist wohl das meistkonsultierte Kompendium in meiner persönlichen Bibliothek. Ich liebe es, darin herumzublättern. Ich blättere auch gerne in älteren Ausgaben und ziehe Vergleiche. Nichtsdestotrotz sehen wir bei der Statistik zusätzliche Ausgaben. Diese sind meistens gut begründet. Aufgrund von übergeordnetem Recht muss ein neues Register erstellt werden, eine Anpassung bei der Informatik gemacht werden, ein Projekt umgesetzt werden. So erhöht sich das Budget beim Statistischen Amt jedes Jahr, dieses Jahr um rund eine halbe Million Franken. Alles in allem beläuft sich der Betrag für das Statistische Amt auf rund 8,1 Millionen Franken. Unserer Meinung nach ist das nicht unbedingt nötig. Es wird sehr viel Statistik produziert, die nicht oder nur beschränkt zur Kenntnis genommen wird. Wir haben nicht zu wenig Statistik in unserer Stadt. Es ist eher so, dass wir einen sehr lieblichen Umgang haben mit der Statistik. Ich beobachte das insbesondere im Gemeinderat. Vor Kurzem wurde verkündet, dass die Hälfte der Zürcher kein Auto mehr habe. Die Wahrheit ist: Die Hälfte der Haushalte hat kein Auto mehr. Das heisst nicht, dass die Hälfte der Stadtzürcher kein Auto mehr hat. Ein viel grösserer Anteil als 53 % besitzt nämlich ein Auto im Haushalt und einen direkten Zugang zu diesem Auto, während sehr viele Haushalte 1-Personen-Haushalte sind, die kein Auto haben. So treibt man Schindluderei mit der Statistik. Ein weiteres Beispiel ist die Aussage, dass das Durchschnittseinkommen bei 60 000 Franken liege. Davon kann sich eine normale Familie nicht einmal die Krankenkassenprämie leisten. Im Statistischen Jahrbuch wird allerdings das steuerbare Einkommen abgebildet und dort ist der Abzug für die Krankenkasse schon dabei. Ich appelliere daran, dass wir mit weniger Statistik die qualifizierteren Aussagen machen. Es ist mathematisch erwiesen, dass man aus einer Zahlenreihe unendlich viele*

Korrelationen herauslesen könnte. So kann man Statistiken mit wenigen Zahlen bis ins Unendliche treiben. Wir müssen uns auf vernünftige Statistiken beschränken. Was im Statistischen Jahrbuch enthalten ist, reicht aus. Alles darüber hinaus, die ganze Öffentlichkeitsarbeit des Statistischen Amtes, ist zu viel. Deshalb möchten wir beliebt machen, dass wir uns überlegen, wo wir unsere Mittel einsetzen und dass wir Firlefanz nicht unterstützen.

Shaibal Roy (GLP): *Wir hätten die FDP auch dann nicht unterstützt, wenn der Betrag kleiner gewesen wäre. Es ist eine individuelle Betrachtung, welche Statistik für wen relevant und nützlich ist. Die Statistiken werden nicht nur in einer politischen Dimension verwendet. Die Verwendung geht viel weiter. Die Statistiken basieren nicht auf einer mathematischen Ebene sondern auf der Erhebungsebene. Es braucht Menschen, die die Erhebungen durchführen im Statistischen Amt. Wenn man per sofort 10 Personen entlassen will, um 500 000 Franken zu kürzen, hat das entsprechende Abfindungsleistungen zur Folge. Das ist eine Massnahme, die für das Statistische Amt sehr schwierig umzusetzen ist.*

| | | | | | | |
|-------------|-------------------------|--|--------------|--|-----------|------------|
| S. 131 | 15 1560 3010 0000 | PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Statistik Stadt Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals | | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag | Stimmen |
| 040. | Antrag Stadtrat | | | | 3 273 300 | Mehrheit |
| | | | 500 000 | | 2 773 300 | Minderheit |
| | | | Begründung: | Konzentration auf Kernaufgaben und Verzicht auf wenig beachtete Auswertungen | | |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 041.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): *Wir schlagen eine Reduktion um 25 000 Franken vor. 2014 lag das Budget bei 9600 Franken. Mittlerweile liegen wir bei 40 000 Franken. Begründet wird der Kostenausreisser mit einem Jubiläum der Statistik-Ämter. Wir haben den Ein-*

druck, dass das Jubiläum schon lange bekannt ist. Man könnte die entsprechenden Kosten in anderen Bereichen einsparen. Wir möchten unnötiges Wachstum stoppen.

Shaibal Roy (GLP): Neben dem internationalen Statistik-Kongress, der nach 13 Jahren wieder in Zürich Halt macht, finden gleichzeitig Jubiläen der Statistischen Ämter der Stadt und des Kantons statt. Dass man dafür 15 000 Franken budgetiert, ist nicht vermessen. Dass man im Gegensatz zu 2015 vermehrt auch auf Social Media setzt, weil nicht jeder über ein gedrucktes Kompendium verfügt, macht im digitalen Zeitalter durchaus Sinn. Auch im Bereich Open Government Data ist ein solcher Ausbau durchaus erwünscht.

| | | | | | | |
|-------------|-------------------------|---|--------------|--|--------|--|
| S. 131 | 15 1560 3107 0000 | PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Statistik Stadt Zürich Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit | | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag | Stimmen |
| 041. | Antrag Stadtrat | | | | 40 000 | Mehrheit |
| | | | 25 000 | | 15 000 | Minderheit |
| | | | Begründung: | Stoppen des unnötigen Wachstums, zurück auf Niveau von Rechnung 2015 | | |
| | | | | | | Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP), Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 042.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Von 2016 auf 2017 stieg das Budget bereits von 100 000 Franken auf 270 000 Franken an. Für 2018 steigt es erneut um 30 000 Franken an. Begründet wird der Betrag damit, dass der Unterhalt der Software neu nicht mehr durch die OIZ übernommen wird, sondern durch die Drittlieferanten selber. Wenn die Drittlieferanten derart teuer sind, sollte man dringend andere suchen. Abgesehen davon ist es so, dass eine Applikation mit zunehmendem Alter weniger Bugs hat. Mit periodischen Überprüfungen können die Kosten entsprechend gesenkt werden. Deshalb gehen wir davon aus, dass man die 30 000 Franken streichen kann.

Shaibal Roy (GLP): Neu werden die Verträge nicht über die OIZ abgeschlossen. Statistik Stadt Zürich schliesst die Verträge direkt mit den Providern ab, wie das bei sehr spezifischen Applikationen üblicherweise der Fall ist. Es geht um das neue Gebäude- und Wohnregister 2.0. Man erwartet daraus Einsparungen im Unterhalt. Die Zwischensumme stellt in diesem Sinne keine Erhöhung dar. Es geht um eine wünschenswerte Umstellung auf ein digitales statistisches Jahrbuch. Im ersten Moment kostet dies 20 000 Franken mehr für die Infrastruktur. Dafür sinken auf dem Konto 3911 die Druckkosten um 20 000 Franken. Es gibt eine Verbesserung bei der Zusammenarbeit von Gemeinde, Kanton und Bund und durch Linked Data gibt es einen Effizienzgewinn. Das ist zu unterstützen. Die Mehrkosten betragen dort 10 000 Franken. Auf der personellen Ebene ist aber ein Effizienzgewinn zu erwarten. Eigentlich müsste der Antrag wenn überhaupt auf 10 000 Franken lauten. Wir halten den Antrag in diesem Fall für überraschen.

| | | | | | | |
|-------------|--|--|--------------|---|---------|------------|
| S. 131 | 15 1560 3153 0000 | PRÄSIDIALDEPARTEMENT Statistik Stadt Zürich Unterhalt IT-Anlagen Software | | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag | Stimmen |
| 042. | Antrag Stadtrat | | | | 300 000 | Mehrheit |
| | | | 30 000 | | 270 000 | Minderheit |
| | | | Begründung: | Erklärung der Verwaltung, weshalb sich die Unterhaltskosten erhöht haben, ist nicht nachvollziehbar | | |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 043.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): 2014 lag das Budget bei einer halben Million Franken. 2018 liegt es bei sagenhaften 1,2 Millionen Franken. Begründet werden die Mehrkosten mit der Entwicklung eines Gebäude- und Wohnungsregisters. Weiter wird argumentiert, dass die Stabilität einer Altapplikation sehr unbefriedigend sei und man deshalb sehr hohe wiederkehrende Kosten habe. Wenn die hohen wiederkehrenden Kosten durch die neue

17 / 42

Applikation wegfallen, kann man aus unserer Sicht Einsparungen machen. Das Register wurde bereits entwickelt. Es sind noch einige Anpassungen vorzunehmen. Die Systeme selber werden sicher erst 2019 gebaut. Für 2018 wird es nicht mehr reichen. Eine Studie hat gezeigt, dass es nach der Einführung 40 Optimierungspotenziale gäbe. Das sollte sich entsprechend im Budget niederschlagen. Wir schlagen nicht mehr eine Verbesserung von 310 000 Franken, sondern eine Verbesserung von 190 000 Franken vor, da wir Antrag 6 bereits durchsetzen konnten.

Shaibal Roy (GLP): Auch dieser Antrag lässt eine gewisse Logik vermissen. Man baut eine Applikation, aber die Schnittstelle wird erst danach gebaut. Wir hätten dann eine Applikation, die wir nicht nutzen können, weil die Schnittstellen fehlen. Das macht wenig Sinn. Das ist, als ob man ein Parkhaus bauen würde und die Zufahrt zum Parkhaus erst danach bauen würde.

Weitere Wortmeldung:

Walter Anken (SVP): Wenn man eine Applikation einführt, kann man erst danach auf dem System bauen. Das funktioniert nun einmal so. Ich arbeite seit 20 Jahren in der IT.

| | | | | | | |
|-------------|-------------------------|---|--|------------------|-----------|--|
| S. 132 | 15 1560 3189 0000 | PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Statistik Stadt Zürich Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter | | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag | Stimmen |
| 043. | Antrag Stadtrat | | | | 1 200 000 | Mehrheit |
| | | | 190 000 | | 1 010 000 | Minderheit |
| | | | | | | Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP) |
| | | | Begründung: Register Bevölkerung ist entwickelt und Schnittstellen Register Gebäude müssen erst nach der Einführung 2019 gebaut werden | | | |

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 006. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 190 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 044.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Severin Pflüger (FDP): Seit seiner Gründung im Jahr 1798 wurden im Archiv bis heute alle wichtigen Akten der Stadt Zürich gesammelt. Ab 2012 war nochmals ein grosses Wachstum zu verzeichnen. Aus unserer Sicht ist das Wachstum nicht unbedingt gerechtfertigt. Die Archivierung von Unterlagen von 1798 ist zwar nach wie vor sehr aufwändig. Das änderte sich in den letzten 5 Jahren jedoch nicht. Die seit 2012 neu dazugekommenen Unterlagen und Dokumente müssten einfacher zu lagern sein. Wir schlagen vor, dass man schrittweise bis 2020 auf den Betrag aus dem Jahr 2012 zurückgeht. Mit einer ersten Kürzung von 185 000 Franken möchten wir bei rund 2 Millionen Franken Personalkosten beginnen, gefolgt von weniger Kosten für Räume und Computer und dergleichen. So kommen wir wieder in ein aus unserer Sicht vertretbares Mass. Natürlich gibt es immer wieder Projekte. Wenn Karten und alte Fotografien im Stadtarchiv publiziert werden, ist das interessant. Doch auch das müsste mit einem Budget auf der Höhe von demjenigen von 2012 möglich sein. Das Bevölkerungswachstum als Grund dafür anzuführen, dass das Stadtarchiv gewachsen ist, ist in diesem Fall nicht statthaft, weil sich die Speichermöglichkeiten seither nicht verschlechtert haben.

Shaibal Roy (GLP): Bei der diesjährigen Erhöhung handelt es sich um zwei Stellen, die auf zwei Jahre befristet gesprochen werden, und eingesetzt werden sollen zur Bearbeitung des Bundesgesetzes über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen von vor 1981 eingereichten Gesuchen. Seit 1893 wurden im Stadtarchiv 3,5 Laufkilometer an Akten bezüglich Zürcher Kinder- und Jugendheime integral aufbewahrt. Die meisten der angeordneten fürsorgerischen Massnahmen sind aktenkundig und nachvollziehbar und dienen als Beweisquelle. Die Fälle von Einsichtsgesuchen, die aufgrund des Bundesgesetzes eintreffen, sind seit 2012 um das Siebenfache angestiegen. Es ist zu einem gewissen Mass nachvollziehbar, dass in diesem Rahmen gemäss dem Auftrag des Bundes nach Inkrafttreten am 1. April 2017 eine Abarbeitung forciert werden muss. Die Bearbeitung der Gesuche muss innerhalb von vier Jahren abgeschlossen werden.

Weitere Wortmeldung:

Severin Pflüger (FDP): Ich muss Shaibal Roy (GLP) korrigieren: Die zusätzlichen Aufgaben, die er erwähnt hat, betragen im Budget nicht 250 000 Franken, sondern 82 000 Franken. Der Rest der Erhöhung fliesst in ein neues Magazin zur Unterbringung von Akten. Man darf sich keine Illusionen machen. Bei einem Personalaufwand von 2 Millionen Franken sollte es möglich sein, dass man für kurze Zeit Personal für eine Sonderaufgabe einsetzt.

20 / 42

| | | | | | | |
|-------------|--|---|--------------|------------------|------------------------------|---|
| S. 140 | 20 2000 3170 0000 | FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Reise- und Spesenentschädigungen des Personals | | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag | Stimmen |
| 045. | Antrag Stadtrat | | | | 35 000 Mehrheit - 6 000 N | Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | | | 25 000 | | 4 000 Minderheit | |
| | | | | | | Begründung: Auf Reisen verzichten und Dienstvelos benutzen |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 046.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Fehr (SVP): *Humanitäre Hilfe für das Ausland ist keine kommunale Aufgabe, sondern eine Aufgabe des Bundes. Deshalb kann dieser Betrag gestrichen werden.*

Michael Baumer (FDP): *Auch die Mehrheit wäre froh, wenn man den Betrag nicht benötigen würde. Das würde bedeuten, dass es im Ausland keine humanitären Katastrophen gibt, die unterstützt werden müssen. Der Betrag muss dem Gemeinderat als Weisung vorgelegt werden. Der Stadtrat entscheidet nicht einfach selbst. Es ist Tradition, dass die Stadt, der es insgesamt sehr gut geht, bei Katastrophen Unterstützung leistet. Es geht nicht um Entwicklungshilfe. Es geht um eine konkrete Hilfeleistung bei einer nicht selbstverschuldeten Katastrophe. Für die Stadt gehört es dazu, dass sie sich beteiligt.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Daniel Leupi (Grüne): *Ich muss Michael Baumer (FDP) korrigieren: Der Gemeinderat hat dieses Jahr eine neue Richtlinie erlassen. Die ersten 100 000 Franken werden nicht mehr in einer Weisung beantragt, erst bei Überschreitung dieses Betrags ist eine Weisung gegeben.*

21 / 42

| | | | | | | |
|-------------|--|--|---|------------------|------------------|---|
| S. 141 | 20 2000 3670 0099 | FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Humanitäre Hilfe im Ausland | | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag | Stimmen |
| 046. | Antrag Stadtrat | | | | 100 000 Mehrheit | Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) |
| | | | 100 000 | | 0 Minderheit | Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP) |
| | | | Begründung: Ist keine zwingende kommunale Aufgabe | | | |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 047.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Urs Fehr (SVP): *Es ist keine kommunale Aufgabe, humanitäre Hilfe zugunsten von Entwicklungsländern zu leisten, sondern eine Bundesaufgabe. Hier ist es noch deutlicher als im vorher diskutierten Fall. Nur weil es uns etwas besser geht und es eine Tradition ist, heisst das nicht, dass wir als Stadt etwas beitragen müssen. Jeder kann für sich selber entscheiden, ob er spenden will.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Wir möchten keine Grundsatzdebatte zur Entwicklungszusammenarbeit lostreten. Eine Argumentation, die man immer wieder hört, lautet: Wenn man Flüchtlingsströme verhindern will, sollte man in jenen Ländern etwas unternehmen, wo die Flüchtlinge herkommen. Daran ist etwas Wahres. Deshalb sind wir nicht grundsätzlich gegen den Betrag. Wir möchten ihn aber reduzieren. Ich erinnere mich an Zeiten im Gemeinderat, in denen auf diesem Konto 500 000 Franken budgetiert waren. So weit wollen wir nicht gehen. Doch wir möchten auf 2,5 Millionen Franken zurückgehen. Wir könnten uns vorstellen, dass man diese Mittel auch für andere Projekte einsetzt, wie das nun teilweise gemacht wird. Im Bereich der Privatwirtschaftsförderung gibt es durchaus innovative Möglichkeiten, diese Mittel einzusetzen. Wir möchten den Betrag reduzieren und uns auf Innovation ausrichten.*

Florian Utz (SP): Im Jahr 1972 gab es eine Volksabstimmung, ob die Stadt Entwicklungshilfe leisten soll. Das Volk sagte Ja. Nach diesem Volksentscheid ist es klar eine kommunale Aufgabe. Man kann anderer Meinung sein. Wir sollten uns aber an den Volksentscheid halten. Über die Höhe kann man sich streiten. Darüber gibt es keinen Volksentscheid. Ich glaube aber, dass wir uns alle einig sind, dass es Zürich gut geht. Deshalb wird von der anderen Ratsseite auch eine Steuersenkung beantragt. Es wäre etwas schäbig, wenn wir in diesen Zeiten den Betrag senken würden. Eine halbe Million Franken ist viel Geld. Dieses Geld erzielt aber auch eine grosse Wirkung. Mit einer halben Million Franken kann man beispielsweise 8000 Menschen in der dritten Welt lebenslangen Zugang zu Wasser verschaffen. Das Beispiel zeigt, dass Entwicklungshilfe, wie sie die Stadt macht, beste Hilfe zur Selbsthilfe ist. Wer Zugang zu sauberem Trinkwasser hat, muss nicht mehr viel Zeit investieren, um an den Bach Wasser holen zu gehen, ist seltener krank, hat gesündere Kinder und somit mehr Zeit, um zu arbeiten, ein Einkommen zu erzielen, einen Mehrwert für die Volkswirtschaft zu erzielen. Für diese Hilfe zur Selbsthilfe steht es unserer Stadt gut an, die 3 Millionen Franken zu sprechen und nicht zu kürzen.

Weitere Wortmeldungen:

Simon Kälin (Grüne): Solidarität ist eine Aufgabe, die uns alle angeht. Einerseits auf persönlicher Ebene, aber auch auf kommunaler Ebene. Der Stadt geht es den Umständen entsprechend gut. Der Gemeinderat erhöhte in den Budgetdebatten der beiden Vorjahre den Betrag für diesen Posten jeweils mit einer Mehrheit. Es ist sehr begrüssenswert, dass der Stadtrat den Betrag mit 3 Millionen Franken budgetiert hat. Wir wollen Menschen vor Ort mit gezielten Projekten neue Chancen bieten und neue Perspektiven schaffen, zum Beispiel mit Trinkwasserprojekten. Diese haben in Ländern, in denen sich der Klimawandel immer stärker auswirkt, eine grosse Bedeutung. Wenn man nicht bereit ist, Kompensationsmassnahmen zu ergreifen, schlägt es auf uns zurück, sei es über Klimaflüchtlinge oder über Auswirkungen vor Ort. Es ist besser, wenn wir vor Ort Perspektiven schaffen können. So haben wir künftig vielleicht auch die Chance, die Flüchtlingsströme besser in den Griff zu bekommen.

Christoph Marty (SVP): Sich als Rechtfertigung für dieses Geschäft auf einen Volksentscheid zu berufen, der bald zwei Generationen zurückliegt, ist etwas mager. Um 1970 nahm die Stadt mit einer grossen Mehrheit zum Beispiel auch die Rosengartenstrasse an.

Samuel Balsiger (SVP): Wir hörten vorher, dass es schäbig sei, wenn man nicht spenden würde. Man sei unsolidarisch. Das stimmt nicht. Man ist kein schlechterer oder minderwertiger Mensch, wenn man das Geld der Stadt nicht spricht. Wenn die Ratsmitglieder auf der linken Seite gute Menschen sein wollen, müssen sie selber einen Beitrag leisten. Es ist keine besondere Leistung, Geld zu sprechen, das einem nicht gehört, und sich als Gutmensch aufzuspielen. Wenn sie von sich aus einen Betrag geben würden, der sie schmerzt, und darauf verzichten, andere zum Spenden zu zwingen, hätten sie eine gute Tat getan. Sie tun es aber nicht. Sie geben lieber Geld aus, das ihnen nicht gehört, und werfen anderen vor, sie seien schlechte Menschen.

Stefan Urech (SVP): Dies ist eines der vielen Konti, die ich bei meinem Eintretensvotum als postmodernen Ablasshandel bezeichnet habe. Man hat wegen des sündigen Lebensstils ein schlechtes Gewissen und versucht, sich das Gewissen mit 3 Millionen Franken reinzukaufen, die in Entwicklungsländern ausgegeben werden. Schon zu Zeiten der Reformation wurden die Menschen, die das Gutmenschentum nicht unterstützt haben, als Ketzer und Brandstifter bezeichnet und in eine Ecke gedrängt. Man weiss genau, dass die Entwicklungshilfe nichts bringt. In Afrika gibt es seit über 60 Jahren Entwicklungshilfe. Dem Kontinent geht es heute nicht besser als damals.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Man muss die Sache auch rational betrachten. Es ist klar, warum es Bundessache ist. Bei der DEZA wird die Entwicklungshilfe kanalisiert. Es ist sehr wichtig, dass man prüft und kontrolliert, dass das Geld an die richtigen Orte fliesst. Es nützt den armen Menschen nichts, wenn korrupte Regierungen finanziert werden oder Oligarchen das Geld in die eigene Tasche stecken. Das ist der Grund, warum Entwicklungshilfe eine Bundesaufgabe sein muss. Wenn sich eine Stadt einmischen will, ist das nichts anderes als eine Selbstkasteiung.

Urs Fehr (SVP): Wir sind uns alle einig: Was der Westen an Geld in die Entwicklungsländer schickt, kommt einem Verbrechen gleich. Wir gewöhnen die Leute an das süsse, einfache Geld und machen sie abhängig. Namhafte schwarze Ökonomen raten davon ab, Geld in die Entwicklungsländer zu schicken, und sagen, die Länder müssten es aus eigener Kraft schaffen. Seit 50 Jahren hat sich nichts verändert. Im Gegenteil. Es wurde noch schlimmer. Dennoch haben gewisse Politiker immer noch das Gefühl, sie könnten gut schlafen, wenn sie in jenen Ländern Projekte finanzieren. Diese Länder müssen es aber selber schaffen. Es kann nicht unsere Aufgabe sein.

| | | | | | | |
|-------------|--|---|--------------|--|-----------|---|
| S. 141 | 20 2000 3670 0199 | FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge zugunsten von Entwicklungsländern | | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag | Stimmen |
| 047. | Antrag Stadtrat | | | | 3 000 000 | Mehrheit |
| | | | 3 000 000 | | 0 | Minderheit 1 |
| | | | 500 000 | | 2 500 000 | Minderheit 2 |
| | | | | | | Florian Utz (SP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP) Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | | | Begründung: | SVP: Keine kommunale Aufgabe; FDP: Erhöhter Beitrag ist nicht gerechtfertigt | | |

24 / 42

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

| | | |
|--------------------------|-------------|-------------------|
| Antrag Stadtrat/Mehrheit | (3 000 000) | 74 Stimmen |
| Antrag Minderheit 1 | (0) | 22 Stimmen |
| Antrag Minderheit 2 | (2 500 000) | <u>20 Stimmen</u> |
| Total | | 116 Stimmen |
| = absolutes Mehr | | 59 Stimmen |

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 048.

Kommissionsminderheiten:

Florian Utz (SP): Im Jahr 2011 haben 76 % der Zürcherinnen und Zürcher entschieden, dass man den Anteil an bezahlbaren Wohnungen – Wohnungen mit Kostenmiete – von 26 auf 33 % erhöhen soll. Seither hat der Stadtrat einiges getan. Die Liegenschaftsverwaltung hat neue Liegenschaften gebaut. Genossenschaften haben neue Wohnungen erstellt. Der Stadtrat hat 2013 auch in Reaktion auf die Volksabstimmung die Abschreibungsbeiträge für die Stiftung für preisgünstigen Wohn- und Gewerberaum von 3 auf 5 Millionen Franken erhöht. Im Rahmen von Sparmassnahmen wurde diese Erhöhung 2015 wieder rückgängig gemacht. Die SP ist der Meinung, dass sich seit 2015 zwei Punkte verändert haben. Zum einen hat sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt verschlechtert. 2016 waren von den Neubauwohnungen 83 % gewinnorientiert und nur 17 % gemeinnützig. Im selben Jahr verbesserten sich die Finanzen der Stadt erheblich. Wir verzeichneten einen Überschuss von 288 Millionen Franken. Wenn man diese beiden Fakten zusammenfügt, kommt man zum Ergebnis, dass man diese Sparmassnahme rückgängig machen sollte und wieder 5 Millionen Franken sprechen sollte. Doch selbst wenn die AL noch auf unsere Seite wechseln würde, würden wir nur auf 62 Stimmen kommen. Wir befinden uns in einem taktischen Dilemma. Wenn wir bei diesem Antrag bleiben und die bürgerliche Seite auf Null geht, gibt es die Wahl zwischen 5 Millionen Franken und Null. 5 Millionen Franken erhalten im besten Fall nur 62 Stimmen. Es fehlt genau eine Stimme. Deshalb sind wir aus taktischen Gründen gezwungen, uns dem Vorschlag des Stadtrats anzuschliessen, auch wenn wir die Erhöhung für ausserordentlich wichtig gehalten hätten.

Dr. Urs Egger (FDP): Wir zählen nicht die Stimmen im Rat, sondern die Mittel der Stadt. Es gibt mittlerweile ziemlich viele Stiftungen, die sich in der Stadt um das Wohnen kümmern. Es braucht nicht noch zusätzliche Mittel. Die Stiftung PWG verfügt über genügende Mittel. Wir beantragen eine Verbesserung um 3 Millionen Franken.

Walter Angst (AL): Eine kleine Präzisierung: Wir haben den Betrag, den man jährlich maximal zur Verfügung stellen kann, für das Budget auf 5 Millionen Franken erhöht. Wir sagten nicht, dass es exakt 5 Millionen Franken sein müssen. Man hat sich am Schluss auf 3 Millionen Franken geeinigt. Dafür gibt es eine stabile Mehrheit der Parteien, die das Budget annehmen. Die AL ist der Meinung, dass das ein sinnvoller Weg ist, der PWG die Möglichkeit zu geben, Einzelliegenschaften zu kaufen. Es ist nicht so, dass wir fünf Stiftungen hätten, die Kaufstiftungen sind. PWG ist die einzige. Das ist bekannt. Das Instrument der Abschreibungsbeiträge wurde im vergangenen Jahr zweimal genutzt, einmal im Januar für eine Liegenschaft im Seefeld, einmal im Oktober für eine zweite Liegenschaft. Es wurden 27 Wohnungen gekauft. Es wurden dafür 2,4 Millionen Franken Abschreibungsbeiträge bezahlt. Dieser Weg ist sinnvoll. Er ist aber nicht der Weg, wie wir in der Stadt die Wohnproblematik lösen. Die 3 Millionen Franken sind zudem auf das schwierige Umfeld angepasst. Nicht viele Liegenschaften sind überhaupt im Bereich eines solchen Kaufs, auch mit Abschreibungsbeiträgen. Deshalb ist es auch inhaltlich gerechtfertigt, beim Betrag von 3 Millionen Franken zu bleiben.

Weitere Wortmeldungen:

Albert Leiser (FDP): Die PWG ist teilweise sehr stark am Markt. Man muss sich aber Gedanken machen. Stets wird gefordert, dass bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Eine Liegenschaft wird gekauft. In dieser wohnen Leute, die die Miete gut bezahlen können. Die PWG kauft die Liegenschaft. Der richtige Weg wäre, dass die in den Wohnungen wohnhaften Leute, die gut situiert sind, die Wohnungen verlassen würden und dass man diejenigen Personen dort einquartieren würden, die es nicht bezahlen können. Doch die gut situierten Personen bleiben in den Wohnungen. Teilweise wohnen die Eigentümer dort. Dann gibt es noch die Abschreibungsbeiträge. Man sollte sich überlegen, ob die Praxis der PWG der richtige Weg ist oder ob man das Geld nicht sinnvoller anderweitig einsetzen könnte.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Die SP bringt es einmal mehr fertig, auf einen Volksentscheid zurückzugreifen. Es ist richtig: Man stimmte ab, dass der Anteil auf 33 % ansteigen soll. Ich halte günstige, bezahlbare Wohnungen für sehr wichtig. Es gehört zur Lebensqualität, dass man sich eine Wohnung leisten kann und nicht zu viel Geld dafür ausgeben muss. Es ist aber auch eine Frage der Vernunft. Bei der Abstimmung wurde die Zahl von 33 % festgelegt. Wenn man aber von 22 % auf 33 % gehen muss, heisst das, dass man 50 % erhöhen muss vom gegenwärtigen Bestand. Das wird zu einer Hauruckübung. Die Folge ist, dass man auf Teufel komm raus einkaufen muss. Die Preise steigen. Dadurch wird alles teurer. Man hat bei der Stiftung für ökologische und bezahlbare Wohnungen gesehen, wohin es führt, wenn man überschüssige Mittel hat. Die Stiftung weiss nicht, was sie mit den 80 Millionen Franken anfangen soll. Ich warne davor, dass man ohne kritische Überprüfung bodenlos Mittel in den Wohnungsbau investiert. Der Betrag sollte nicht erhöht werden.

Felix Moser (Grüne): *Wir stimmen für den Betrag von 3 Millionen Franken. Wir wären auch mit 5 Millionen Franken einverstanden gewesen.*

| | | | | | | |
|-------------|-------------------------------|--|--------------|-----------------------|-----------|--|
| S. 143 | 20 2000 563108 | FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Abschreibungsbeiträge an Stiftung PWG für den Kauf von Liegenschaften | | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlech- terung | Betrag | Stimmen |
| 048. | Antrag Stadtrat | | | | 3 000 000 | Minderheit 1 Präsident Walter Angst (AL) Referent, Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP) |
| | | | | 2 000 000 | 5 000 000 | Minderheit 2 Florian Utz (SP) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP) |
| | | | 3 000 000 | | 0 | Minderheit 3 Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP) |
| | | | | | | Begründung: SP: Umsetzung des Volksentscheids für mehr bezahlbare Wohnungen; FDP: PWG hat schon genügend Mittel |

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 2:

| | | |
|------------------------------|-------------|-------------------|
| Antrag Stadtrat/Minderheit 1 | (3 000 000) | 80 Stimmen |
| Antrag Minderheit 2 | (5 000 000) | 0 Stimmen |
| Antrag Minderheit 3 | (0) | <u>43 Stimmen</u> |
| Total | | 123 Stimmen |
| = absolutes Mehr | | 62 Stimmen |

Damit ist dem Antrag der Minderheit 1 zugestimmt.

Antrag 049.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Bartholdi (SVP): *Man könnte hier auch von einem Mini-Globalbudget mit zwei Produktgruppen sprechen. Der erste Teil besteht aus jährlich wiederkehrenden Ausgaben, für die pauschal 5000 Franken budgetiert wurden. In der Rechnung 2016 wurden dafür 3000 Franken ausgegeben. Der zweite Teil besteht aus 40 000 Franken*

27 / 42

für Beratungen, Erstellung von Gutachten, Analysen und Unterstützung durch Dritte. Wir fordern, dass Aufträge vermehrt inhouse durchgeführt werden. Es ist genügend Personal mit genügend Fachkompetenz vorhanden. Es ist auch klar, dass bestimmte Gutachten an eine dritte Stelle delegiert werden müssen. Des Weiteren gibt es noch die Begründung der neuen Rechnungslegung. Wir gehen davon aus, dass dort sicher noch etwas möglich ist. Man weiss im Voraus nicht, wie viele Gutachten gestellt werden müssen. Wir sind aber der Meinung, dass eine Reduktion angebracht ist.

Michael Baumer (FDP): In den vergangenen Jahren wurde auf diesem Konto mit einer gewissen Systematik gekürzt. Es gab Tabellenanträge. Nun sollen fast 90 % des Betrags gekürzt werden, ohne dass aus den Antworten ersichtlich wird, was die Konsequenzen sind. Wir möchten nicht, dass am Ende zusätzliche Stellen geschaffen werden müssen, weil man die Arbeiten vermehrt intern durchführt. Aus diesem Grund lehnt die Mehrheit den Kürzungsantrag ab.

| | | | | | | |
|-------------|----------------------------------|--|---|------------------|--------------------|--|
| S. 145 | 20 2015 3180 0000 | FINANZDEPARTEMENT Finanzverwaltung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter | | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag | Stimmen |
| 049. | Antrag Stadtrat | | | | 45 000 10 000 N | Mehrheit |
| | | | 45 000 | | 10 000 | Minderheit |
| | | | | | | Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP) |
| | | | Begründung: Mit eigenen Ressourcen umsetzen | | | |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 050.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Bartholdi (SVP): Wir beantragen eine Kürzung um 500 000 Franken. Durch die Anleiheemissionen werden 800 Millionen Franken aufgenommen. Wir sind klar der Meinung, dass dieser Betrag reduziert werden sollte. Der entsprechende Antrag folgt später. Man sollte den Betrag nicht jedes Jahr erhöhen. Durch die Aufnahme von Fremdkapital entstehen höhere Bankspesen und mehr Ausgaben bei anderen Konti.

Man könnte diese Bankspesen reduzieren. Es gibt auch noch die Möglichkeit der digitalen Abwicklung. Man könnte auch mehrere Zahlungen in einer Transaktion zusammenfassen. Die Summe muss insgesamt reduziert werden. Der Hauptbetrag kommt aus den Anleihen. Durch entsprechende Reduktionen sind Einsparungen möglich.

Walter Angst (AL): *Natürlich reduzieren sich bei einem tieferen Betrag die Bankspesen. Aus meiner Sicht werden die Optimierungspotenziale von der Finanzverwaltung bereits sehr gut genutzt. Ich habe nicht den Eindruck, dass die SVP hier noch einen Anstoss geben muss. Die Hoffnung, dass man bei einer Behebung des Investitionsstaus mit der Aufnahme von 400 Millionen Franken Anleihen über die Runden kommt, wenn man das schon zur Ablösung von auslaufenden Anleihen braucht, ist eine Zauberei der SVP. Die Stadt braucht das Geld, um die zu erfüllenden Aufgaben auszuführen.*

| | | | | | | |
|-------------|----------------------------------|--|---|------------------|-----------|------------|
| S. 145 | 20 2015 3183 0000 | FINANZDEPARTEMENT Finanzverwaltung Bankspesen | | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag | Stimmen |
| 050. | Antrag Stadtrat | | | | 5 094 500 | Mehrheit |
| | | | 500 000 | | 4 594 500 | Minderheit |
| | | | Begründung: Bankspesen reduzieren durch vermehrte digitale Abwicklung | | | |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 051.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Michael Baumer (FDP): *Wir haben hier eine Vorschau auf die Weisung zur Aufnahme von Anleihen und Darlehen. Die Stadt plant, rund 800 Millionen Franken neu aufzunehmen, davon 500 Millionen Franken als Refinanzierung. Angesichts der Ausschöpfung des Investitionsplafonds in der Vergangenheit zu 60-70 % und angesichts dessen, dass wir in den vergangenen Jahren dank guter Abschlüsse einen Selbstfinanzierungsgrad von über 100 % erreicht haben, ist es aus meiner Sicht nicht*

nötig, mehr Geld aufzunehmen. Im Gegenteil: Es besteht die Möglichkeit, dass man tatsächlich auch bis zu einem gewissen Grad Schulden abbaut, 100 Millionen Franken zusätzlich zu den 300 Millionen Franken. Man kann jederzeit problemlos eine Weisung bringen, um neue Darlehen aufzunehmen. Der Antrag ist insofern überflüssig, als dass klar ist, dass die Zinsen nicht bezahlt werden müssen, wenn man das Geld nicht aufnimmt. Dennoch glauben wir, dass es richtig ist, zu dokumentieren, wie es gemeint ist mit den geplanten Aufnahmen.

Walter Angst (AL): *Ich nehme an, dass Michael Baumer (FDP) die Weisung zur Aufnahme von Anleihen und Darlehen gelesen hat. Daraus geht hervor, dass man 415 Millionen Franken ablösen muss. Diese Summe übersteigt den von ihm genannten Betrag. Zu verlangen, man müsse Mitte Jahr nochmals eine Weisung bringen, damit Stadtrat Andres Türler Trams einkaufen kann, ist Blödsinn. Aus meiner Sicht fehlt hier die Sachkenntnis. Es werden einfach irgendwelche Anträge gestellt.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Bartholdi (SVP): *Links-Grün will immer mehr Geld aufnehmen. Das ist ein gefährliches Spiel. Ich habe es bereits beim AFP erwähnt. Wenn es heute 11 Milliarden Franken Fremdkapital sind, stellt sich die Frage, ob es bald 20 Milliarden Franken sein müssen. Die Fremdkapitalaufnahmen von heute sind die Schulden von morgen. Es ist unseriös, auf diese Weise Finanzpolitik zu betreiben. Es braucht eine mittel- und langfristige Sichtweise und eine Reduktion der Fremdaufnahmen. Auch wir sind der Meinung, dass man nicht auf Null gehen kann. Aber es ist seriös, weniger Fremdkapital aufzunehmen.*

Stefan Urech (SVP): *Ausgerechnet die Linken stellen sich hier mit den Linksaussenvertretern als Advokaten der grossen Banken dar und rufen zu Investitionen auf. Wir haben bei der Diskussion um die Entwicklungshilfe gehört, wie gut es der Stadt gehen soll. Nun sprechen wir darüber, dass man zusätzlich Millionen von Franken an Fremdkapital aufnehmen soll. Das ist ein grosser Widerspruch. Wir sagen jeweils, dass die Linken das Geld der anderen ausschütten. Damit meinen wir in der Regel das Geld der Steuerzahler. Hier geht es aber nicht einmal um deren Geld, sondern um das Geld von CS, UBS und ZKB.*

Michael Baumer (FDP): *Der Antrag wird nicht das erste Mal gestellt. In den vergangenen zwei bis drei Jahren hat uns die Realität im Nachhinein recht gegeben. Aus diesem Grund bin ich zuversichtlich.*

Walter Angst (AL): *Gewisse Ausgaben sind die Folgen von Beschlüssen. Wir haben Investitionen, bei denen wir entscheiden, dass sie ausgeführt werden können. Wir nehmen hier eine nachgezogene Budgetierung vor. Man berechnet zuerst, wie viel Geld man braucht. Dann weist man auf die entsprechenden Zinskosten hin, die man erhält, um es überhaupt realisieren zu können. Man kann durchaus bei jedem Budgetposten eine solche Debatte lancieren anstatt bei den grossen, Milliarden von Franken ausmachenden Posten. Auf diese Weise können wir bis am 15. Januar weiterdebattieren. Der*

Stadtrat ist kein Schnäppchenjäger, der eine halbe Milliarde Franken aufnehmen würde, um sie zu parkieren und Negativzinsen zu zahlen. Man kann mit der Reduktion der Nettoschuldlast argumentieren. Es muss aber anders verwirklicht werden. Indem man einen besseren Ertrag macht, kann die Nettoschuld reduziert werden. Es handelt sich um Budgetposten, die man anderweitig angreifen muss. Es ist der falsche Weg, dies über die Zinsen zu tun.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Die nun geführte Debatte war teilweise sehr faktenfrei. Es ist keine rot-grüne Finanzpolitik, die sich in diesem Antrag zur Geldaufnahme konkretisiert. Es ist die Fortführung dessen, was der ehemalige Stadtrat Martin Vollenwyder eingeführt hat. Der Stadtrat erhält einen oberen Rahmen für die Geldaufnahme. Er schätzt ab, was es brauchen wird. Wir haben den Rahmen nicht ausgeweitet. Wir mussten ihn nicht ausschöpfen. Es könnte aber sein, dass wir dies tun müssen. Im Sinne der Vorsicht macht es Sinn, dass der Stadtrat diesen Rahmen erhält, damit er flexibel reagieren kann und nicht zuerst eine Weisung erstellen muss, wenn es notwendig ist. Bis zur Besprechung der entsprechenden Weisung im Gemeinderat kann der Zinssatz bereits angestiegen sein. Das macht keinen Sinn. Die Unterstellung, wir würden einfach so grosszügig Geld aufnehmen, ist faktenfrei. Vor rund ein bis zwei Jahren gab es eine Welle, während der unter anderem Marcel Ospel die öffentliche Hand darum angehalten hat, in grossem Umfang günstig Geld aufzunehmen. Das machen wir nicht. Wir haben unsere Aufnahmen auf viele Jahre hinaus angelegt. Wir nehmen nicht mehr auf, als wir brauchen. Im Gegenteil: Die Liquidität wurde leicht reduziert. Es kann keine Rede davon sein, dass wir überflüssig Geld aufnehmen und uns überflüssig verschulden. Wir konnten in den vergangenen Jahren die langfristige Verschuldung reduzieren. Man sollte sich hier an die Fakten halten und bei aller Wahlkampfpolemik vernünftig bleiben. Ein Antrag, der weniger Mittel vorsieht, als wir nächstes Jahr zurückzahlen müssen, ist nicht mehr vernünftig. Das gleiche gilt auch für die Diskussion über die Hauptweisung.*

| | | | | | | |
|-------------|----------------------------------|--|--------------|-----------------------|-------------|---|
| S. 146 | 20 2015 3220 0000 | FINANZDEPARTEMENT Finanzverwaltung Zinsen für langfristige Schulden | | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlech- terung | Betrag | Stimmen |
| 051. | Antrag Stadtrat | | | | 113 169 600 | Mehrheit |
| | | | 2 350 000 | | 110 819 600 | Minderheit |
| | | | | | | Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP) |
| | | | | | | Begründung: Geldaufnahmen 2018 von 800 Mio. auf 400 Mio. Franken reduzieren |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 052.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Michael Baumer (FDP): Auch die Stadt Zürich erhält einen Anteil an den Erträgen der Zürcher Kantonalbank. Die Budgetierung muss früh im Jahr erfolgen. Zum diesem Zeitpunkt ist noch nicht bekannt, wie das Halbjahresergebnis aussehen wird. Die RPK erhielt als Antwort, dass mindestens 3,4 Millionen Franken erwartet werden können. Es macht Sinn, dies entsprechend im Budget abzubilden.

Roger Bartholdi (SVP): Es ist eine einfache Rechnung. Wir haben von der ZKB jedes Jahr mehr Geld erhalten. 2015 erhielten einen Betrag von 22 Millionen Franken, 2016 waren es 27 Millionen Franken. 2017 waren es nochmals knapp 3 Millionen Franken mehr. Das Halbjahresresultat ist bekannt. Der Stadtrat konnte das nicht wissen. Man nimmt eine Vorgabe, eine Durchschnittszahl. Man könnte hier auch einmal anders vorgehen. Ich möchte aber keinen Vorwurf machen. Ich bezweifle aber, dass es sinnvoll ist, nun einen leicht tieferen Betrag einzusetzen. Die ZKB hat keine Gewinnwarnung ausgesprochen. Man kann nicht davon ausgehen, dass man massiv Geld verlieren würde bis Ende Jahr. Die Situation ist ähnlich wie im Vorjahr. Wir haben gesagt, dass wir bei einem weiteren Gewinnanstieg wieder eine Erhöhung um 3 Millionen Franken vornehmen würden. Das ist aufgrund der Erfahrungen der Vorjahre eine seriöse Budgetierung. Ich begreife nicht, warum man nun weniger budgetieren soll, wenn bekannt ist, dass die ZKB einen höheren Gewinn als im Vorjahr machen wird. Es werden definitiv nicht weniger als 30 Millionen Franken sein, ausser es würde nun noch etwas Gravierendes geschehen. In diesem Fall müsste uns aber die ZKB informieren.

| | | | | | |
|-------------|------------------|---|--------------|------------------|------------------------|
| S. 148 | 20 | FINANZDEPARTEMENT | | | |
| | 2015 | Finanzverwaltung | | | |
| | 4490 0000 | Anteil am Erträgnis der Zürcher Kantonalbank | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag |
| 052. | Antrag Stadtrat | | | | |
| | | | 7 000 000 | | -26 300 000 |
| | | | | | -33 300 000 |
| | | | | | Minderheit |
| | | | | | Stimmen |
| | | | | | Stefan Urech (SVP) |
| | | | | | Referent, Peter Schick |
| | | | | | (SVP) |

32 / 42

3 400 000

-29 700 000 Mehrheit

Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Begründung: SVP: Der Konzerngewinn und Geschäftserfolg der ZKB steigt und steigt (2015: 22 Mio., 2016: 27 Mio., 2017: 29,8 Mio. Franken);
FDP: Budgetierung aufgrund des positiven Halbjahresergebnisses und der Marktentwicklung

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

| | | |
|-------------------|---------------|-------------------|
| Antrag Stadtrat | (-26 300 000) | 0 Stimmen |
| Antrag Mehrheit | (-29 700 000) | 102 Stimmen |
| Antrag Minderheit | (-33 300 000) | <u>21 Stimmen</u> |
| Total | | 123 Stimmen |
| = absolutes Mehr | | 62 Stimmen |

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 053.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): Die Stadt bestimmt jeweils im Frühling die internen Verzinsungssätze. Es ist eine breite Palette an unterschiedlichen Ansätzen vorhanden. Der Hauptgrundsatz lautet, dass im internen Verkehr mit den Dienstabteilungen der durchschnittliche Zinssatz gilt, den die Finanzverwaltung von den gesamten langfristigen Anleihen bezahlen muss. Es gibt besondere Situationen für die Liegenschaftenverwaltung und für Darlehen der Spitäler. Bei den Spitälern existiert die besondere Situation, dass angesichts der hoch und stark gewachsenen Anlagekosten aufgrund des Neubaus des Triemli eine Belastung in Zinskosten besteht. Diese würde eine starke Belastung darstellen mit dem städtischen Satz, der 2018 mit 1,875 % gerechnet wird. Unserer Meinung nach sollte der Stadtrat die Diskussion öffnen und prüfen, ob für jene Dienstabteilungen, die dem Markt ausgesetzt sind, allenfalls ein stärkerer der aktuellen Marktsituation angepasster Zinssatz für den Kontokorrentverkehr möglich ist. Neben den Spitälern könnten auch die Verkehrsbetriebe ein Interesse daran haben. Es müsste eine Berechnungsgrundlage für diese Dienstabteilungen festgelegt werden, die auch bei einem Anstieg der Zinsen

zum Zug käme. Das könnte bedeuten, dass man in dieser Situation mehr bezahlen müsste. Es geht nicht um ein Geschenk, dass man einzelnen Dienstabteilungen machen würde. Es geht um die Diskussion, ob dem Markt ausgesetzte Dienstabteilungen, die Vergleichsrechnungen mit anderen Unternehmen machen müssen, dauerhaft eine andere Zinsberechnung erhalten könnten. Der Betrag von 5 Millionen Franken ist nicht in Stein gemeisselt. Es wäre ein interessanter und wichtiger Beitrag für die Stadtspitäler, insbesondere auf dem Weg, zu Eigenwirtschaftlichkeit zu kommen. Ich weiss, dass im Stadtrat entsprechende Diskussionen geführt werden. Ich hoffe, dass wir bald ein Ergebnis haben werden. Mit dem heutigen Antrag könnte man diesen Weg beschleunigen und dem Stadtrat einen Auftrag geben.

Michael Baumer (FDP): Der Antrag zäumt das Pferd vom Schwanz her auf. Man sollte sich zuerst überlegen, nach welchen Kriterien welche Dienstabteilungen Zinsen nach Marktzins berechnen und andere nach dem Durchschnitt des Kontokorrentzinses der Finanzverwaltung. Die Idee sollte nicht sein, Betriebe der Stadt zu sanieren, die finanziell nicht gut dastehen, nur, weil derzeit der Marktzins tiefer ist als der Kontokorrentzins. Wenn die Zinsen wieder steigen, kann es rasch passieren, dass die Marktzinsen höher sind als die knapp 2 % Zins, die von der Finanzverwaltung berechnet werden. Am Anfang sollte die Überlegung stehen, welche Dienstabteilungen auch von der Finanzstruktur über die Möglichkeiten und Mittel verfügen und sich am Markt orientieren müssen, und welche Dienstabteilungen strukturell nicht dazu in der Lage sind. Erst danach kann man entscheiden, wie man die Zinslast anpasst. Der Betrag von 5 Millionen Franken kommt aus hellheiterem Himmel. Es ist nicht genau nachvollziehbar, welche Dienstabteilungen gemeint sind. Walter Angst (AL) sprach nun einige an, vielleicht sind es dann aber auch andere.

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): Auch wir haben Fragen zum Antrag der AL. Es wäre nicht richtig, die Zinsen zu kürzen, weil sich die Spitäler über die hohen Zinsbelastungen beklagen. Irgendjemand muss die Zinsen am Ende bezahlen. Vielleicht würden die Spitäler finanziell auf den ersten Blick besser dastehen. Die anderen Dienstabteilungen der Stadt müssten dann aber wiederum höhere Zinsen bezahlen. Die Auswirkungen des Vorschlags sind unklar. Es ist nicht klar, was bei einem Zinsanstieg passieren würde. Wir können diese kurzfristige Politik nicht unterstützen und schlagen vor, dass der Vorschlag zuerst seriös geprüft wird und die Auswirkungen betrachtet werden. Bei den Spitälern kann man im Rahmen einer Spitalstrategie prüfen, was sinnvoll ist und welche Art von Finanzierung im Rahmen der städtischen Zinsweisung möglich ist. Wir sind der Meinung, dass der Stadtrat die Zinsweisung so belassen sollte, wie sie ist, und nicht gewisse Dienstabteilungen, die näher am Markt stehen, bevorzugen sollte.

Shaibal Roy (GLP): Ich kann den Antrag nicht verstehen. Es wird ein Bumerang lanciert, eine Quersubventionierung von gewissen Institutionen, spezifisch den Spitälern, eine Globalbudgetkosmetik zulasten der Stadtrechnung. Es ist eine Realitätsverzerrung. Das Problem bei den Spitälern wird auf diese Weise nicht gelöst. Wir verschieben es, indem wir eine Last von den Spitälern nehmen und ihre Rechnung

beschönigen. Die Stadtrechnung sieht dann etwas schlechter aus. Es stellt sich auch die Frage, ob der Stadtratsbeschluss angepasst wird, wenn die Zinsen steigen und ob die Spitäler dann wieder einen anderen Ansatz zahlen. Langfristig ist es nicht die richtige Massnahme.

Walter Angst (AL): Die Stadtkasse wird nicht belastet. Es ist saldoneutral. Entweder bezahlen wir bei den Spitälern Triemli und Waid und allenfalls auch bei den VBZ ein Defizit oder die Finanzverwaltung weist ein schlechteres Resultat aus. Am Resultat ändert sich nichts. Es ist nicht so, dass wir je nach Entwicklung der Zinslage alles wieder ändern, damit die Spitäler nochmals entlastet werden. Die Spitäler müssten entscheiden, ob sie eine andere Berechnungsgrundlage wollen. Der neue Spitaldirektor des Triemli sagte, dass man näher an der Marktrealität sein wolle. Das Triemli kann nicht selber Geld aufnehmen. Es ist ein städtischer Betrieb und keine Bank. Wir halten den Vorschlag des Spitaldirektors, die Möglichkeit zu überprüfen, um vergleichbarere Rahmenbedingungen wie die anderen Spitäler zu haben, für interessant. Wenn ich es richtig verstanden habe, findet die Diskussion im Stadtrat bereits statt. Wir haben nun die Möglichkeit, diese anzuschieben. Die 5 Millionen Franken sind nicht aus der Luft gegriffen. Sie betragen rund ein Viertel dessen, was aufgrund der 1,875% an Zinsen bezahlt wird. Es geht um 600 Millionen Franken Kontokorrent ohne das Darlehen des Kantons. Das ist ein ganz normaler Antrag. Man kann dafür oder dagegen sein. Die Diskussion muss hier geführt werden, wie man es über die Zinsweisung regeln will, und nicht einfach über eine Reduktion des Saldos bei den Globalbudgets der beiden Spitäler.

Severin Pflüger (FDP): Es ist tatsächlich saldoneutral. Der Verlust wird aus dem Globalbudget Triemli in die Finanzverwaltung verschoben. Dadurch wird verwedelt, wo welche Kosten anfallen. Wenn eine Verzinsung via Markt angestrebt werden soll, müssen wir darüber sprechen. Am Markt ist der Zins ein Spiegelbild dessen, wie gross das Ausfallrisiko ist. Die Stadt kann aufgrund ihres tiefen Ausfallrisikos zu tiefen Zinsen Schulden aufnehmen. Für sich selbst betrachtet und unabhängig von der Stadt hätte das Triemli ein sehr hohes Ausfallrisiko. Wir befinden uns dann irgendwo in der Mezzanine-Finanzierung von 8-10 %. Dann könnten wir von Marktzinsen sprechen. Man müsste sich aber dann für jede Dienstabteilung überlegen, wo die Marktzinsen liegen, auch beim Sportamt und den Freibädern. Der Marktzins orientiert sich einerseits am Zinsniveau allgemein, aber vor allem auch am Ausfallrisiko einer einzelnen Dienstabteilung, damit ein Vergleich möglich ist und es fair ist. Wenn die AL Transparenz entfernen will, indem die Verluste vom Triemli in die Finanzverwaltung verschoben werden, muss ich ihr einen Teil der Rechtschaffenheit, die ich ihr sonst in Sachen Budget attestiere, absprechen.

Florian Utz (SP): Die SP unterstützt den Antrag der AL. Wir haben auch noch einen Antrag für die beiden Stadtspitäler Triemli und Waid gestellt. Die SP begrüsst, dass die Idee für alle Dienstabteilungen geprüft werden soll und man danach sieht, welche Dienstabteilungen wie stark dem Markt ausgesetzt sind. Im Vordergrund stehen die beiden Stadtspitäler, die VBZ sowie ewz. ewz hat allerdings ein Guthaben und ist deshalb weniger betroffen von den Zinsen und Investitionen. Ich verstehe die Argumentation der

Grünen nicht, die der Meinung sind, man könne es überprüfen, den Antrag der AL aber trotzdem ablehnen. Der Antrag der AL ist ein ergebnisoffener Antrag. Er gibt nicht vor, welche Dienstabteilungen davon betroffen sein sollen. Er gibt auch keinen konkreten Zinssatz vor. Die SP ist der Meinung, dass Dienstabteilungen, die dem Markt ausgesetzt sind, gleichlange Spiesse haben sollen. Das bedeutet im Fall der Stadtspitäler Zinsen irgendwo im Bereich von 0,25 bis 0,5 %. Die Stadt bezahlt momentan 0,27 % für 30-jährige Darlehen. Es ist möglich, dass die Zinsen auf dem Markt ansteigen könnten. Aber dann steigen sie auch für die anderen Spitäler an. Es sind Kosten, die bei den DRG berücksichtigt werden. Wenn die Zinsen auf Investitionen der Spitäler steigen, und sie für alle Spitäler steigen, privat oder öffentlich, muss man auch eine Anpassung bei den DRG vornehmen. Wir halten es für richtig, dass die Spitäler Triemli und Waid gleichbehandelt werden wie die anderen Spitäler. Das hat nichts mit vertuschen zu tun. Unser Antrag ist transparent. Auch beim anderen Antrag nennen wir die genauen Zinssätze. Es geht darum, dass wir einen Beitrag zu einer Lösung leisten wollen. Beide Anträge sind nicht die einzige Lösung, sondern zusammen mit anderen Massnahmen, die der Stadtrat bereits eingeleitet hat, Teil einer Lösung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Der Stadtrat hat die städtischen Dienstabteilungen als Teil eines Gesamtkonzerns betrachtet, mit wenigen spezifischen und durch übergeordnete Gesetzgebung begründeten Ausnahmen. Die von mir aus gesehen linke Ratsseite geht mit ihrer Begründung einen gefährlichen Weg. Wenn man von gleichen Spiessen für die Stadtspitäler spricht, ist zu beachten, dass der Hauptkonkurrent unter anderem die Privatwirtschaft ist. Es stellt sich die Frage, was mit den Löhnen, mit dem Strombezug und der Gebäudesanierung ist. Von der Stossrichtung her halte ich den Antrag für sehr schwierig. Ich lehne ihn klar ab. Bisher haben wir die Finanzierungskosten über alle Dienstabteilungen gleich verteilt. Wenn man die Stadtspitäler in einem Budgetantrag entfernt, ist das keine Ergebnisverbesserung. Es läuft entweder über die laufende Rechnung oder dann müssen die anderen Dienstabteilungen, die Finanzmittel haben, mehr bezahlen, wenn wir unser Grundprinzip aufrechterhalten, dass die Finanzierungskosten auf alle verteilt werden, die Mittel gebraucht haben. Ich weiss nicht genau, welcher Zinssatz herrschte, als man für die Spitäler Triemli und Waid die Mittel benötigte. Es kann durchaus sein, dass es 3 % waren, mehr als der heutige Durchschnittzinssatz. Insofern ist es eine totale Entsolidarisierung, wenn man jetzt, weil es gerade opportun ist, so vorgehen will. Ich schliesse nicht aus, dass es zu diesem Punkt kommt, aber dann sollte es im Rahmen eines Gesamtkonzepts stattfinden, wie es der Stadtrat nun eingeleitet hat. Man überprüft alle Bereiche, auch die Rechtsformänderung. Dann macht es Sinn. Spätabends über einen Budgetantrag in einem Bereich eine Änderung vorzunehmen, in dem sich etwas über die Jahre bewährt hat, ohne zu sehen, welche Folgen es anschliessend für den Gesamtkonzern hat, ist keine kluge Idee.*

36 / 42

| | | | | | | |
|-------------|----------------------------------|--|---|------------------|---------------------------|--|
| S. 148 | 20 2015 4921 0000 | FINANZDEPARTEMENT Finanzverwaltung Vergütung von Kontokorrentzinsen | | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag | Stimmen |
| 053. | Antrag Stadtrat | | | | -110 589 900 557 000 N | Mehrheit |
| | | | | 5 000 000 | -105 032 900 | Minderheit |
| | | | | | | Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP) |
| | | | | | | Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) |
| | | Begründung: | Anpassung STRB 228/2017 (Zinssätze 2018 im Kontokorrentverkehr) für Dienstabteilungen, die sich stärker am aktuellen Zinsumfeld als am gesamten Anleihenportefeuille der Stadt orientieren müssen | | | |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 054.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Bartholdi (SVP): Es gilt dieselbe Begründung wie bei Antrag 49.

Michael Baumer (FDP): Der Mikroantrag will 90 % des Budgets dieses Kontos streichen. Das erscheint uns willkürlich. Die Konsequenz der Kürzung ist nicht abschätzbar.

| | | | | | | |
|-------------|----------------------------------|--|--------------|------------------|--------|---|
| S. 152 | 20 2021 3180 0000 | FINANZDEPARTEMENT Liegenschaftenverwaltung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter | | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag | Stimmen |
| 054. | Antrag Stadtrat | | | | 50 000 | Mehrheit |
| | | | | | | Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) |

37 / 42

40 000

10 000 Minderheit

Stefan Urech (SVP)
Referent, Peter Schick
(SVP)

Begründung: Mit eigenen Ressourcen umsetzen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 055.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Fehr (SVP): Aus unserer Sicht sollte ein Sparpotenzial von 10 % möglich sein, wenn die Raumflächen optimiert werden und Synergien genutzt werden.

Felix Moser (Grüne): Die Mehrheit ist der Meinung, dass es kaum oder keinen Raum gibt für Synergien. Wir halten den budgetierten Antrag für gut. Der Betrag war in den Vorjahren stets gleich hoch.

S. 152 20
2021
3913 0000

FINANZDEPARTEMENT
Liegenschaftsverwaltung
Vergütung an IMMO für Raumkosten

| | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag | Stimmen |
|-----------------------------|--------------|------------------|----------------------|---|
| 055. Antrag Stadtrat | | | 1 421 100 Mehrheit | Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) |
| | 142 100 | | 1 279 000 Minderheit | Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) |

Begründung: Synergien nutzen und Raumfläche optimieren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

38 / 42

Antrag 056.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Fehr (SVP): Es geht um Gutachten im Zusammenhang mit gemeinnützigem Baurecht. Einige budgetierte Kosten scheinen uns etwas hoch und wir sind der Ansicht, dass es möglich sein sollte, mindestens 80 000 Franken einzusparen.

Michael Baumer (FDP): Der Antrag gibt mir Gelegenheit, mich zu korrigieren hinsichtlich einer Aussage bei Antrag 54. Ich sprach davon, dass 90 % des Betrags gestrichen werden sollen. Es sind aber 80 %. Auch hier handelt es sich um eine Kürzung von 80 %. Die Auswirkungen des Antrags sind allerdings nicht im Detail bekannt. Es ist nicht klar, ob man eine Umsetzung des Antrags am Ende nicht doch mit mehr Stellen bei der Stadtverwaltung bezahlen würde.

| | | | | | | |
|-------------|-------------------------|--|---|------------------|---------|---|
| S. 173 | 20 2030 3180 0000 | FINANZDEPARTEMENT Baurechte gemeinnütziger Wohnungsbau Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter | | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag | Stimmen |
| 056. | Antrag Stadtrat | | | | 100 000 | Mehrheit Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) |
| | | | 80 000 | | 20 000 | Minderheit Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP) |
| | | | Begründung: Mit eigenen Ressourcen umsetzen | | | |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 057.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Die Liegenschaftenverwaltung hat geplant, die Siedlung Luchswiesen in einen Prozess hineinzuführen, in dem ein Ersatzneubau angedacht war. In der Beratung zeigte sich dann, dass das Objekt allenfalls auch für Schulraum genutzt werden könnte. Entsprechende Abklärungen sind noch im Gang. Deshalb kann man die Projektierung aus den Ausgaben entfernen.

Michael Baumer (FDP): Der Minderheit erschliesst sich nicht, warum die Projektierung aus den vom Mehrheitssprecher genannten Gründen entfernt werden soll und man das Projekt verzögern möchte. Sonst wünscht in der Regel jeweils gerade die linke Seite, dass man bei den Wohnsiedlungen rasch neue Projekte schafft.

| | | | | | | |
|-------------|--|--|---|------------------|-------------------------|--|
| S. 175 | 20 2031 3182 0000 | FINANZDEPARTEMENT Wohnsiedlungen Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter | | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlechterung | Betrag | Stimmen |
| 057. | Antrag Stadtrat | | | | 13 677 000 850 000 N | Minderheit Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | | | 100 000 | | 14 427 000 | Mehrheit Präsident Walter Angst (AL) Referent, Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP) |
| | | | Begründung: Verzicht auf Planung Ersatzneubau Luchswiesen, Schulraumbedarf klären | | | |

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 68 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 058.

Kommissionsreferent:

Michael Baumer (FDP): Es handelt sich um einen einstimmigen Antrag. Es geht aber auch um das HRM2, das noch kommen wird. Dort werden die neuen Eigenwirtschaftsbetriebe definiert. Um aus den Überschüssen aus den Spezialfonds Geld zu entnehmen, müssen verschiedene Bedingungen erfüllt sein. Diese sind nur teilweise gegeben. Künftig wird man nur noch 750 000 Franken aus dem heutigen geschlossenen Rechnungskreislauf entnehmen können. Es wurden sehr viele Gebührengelder angehäuft, die nicht gebraucht werden. Sie sind nicht betriebsnotwendig. Deshalb macht es Sinn, diese in die allgemeine Stadtkasse überzuführen, damit wir den städtischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern indirekt zumindest das zurückgeben können, was sie an zu hohen Gebühren bezahlt haben. Entsprechend möchte die RPK das letzte Mal, wo dies noch möglich ist, den Betrag korrigieren. Es ist trotzdem gewährleistet, dass man bei den Parkhäusern die anstehenden Renovationen durchführen kann. Sie werden auch künftig einen Überschuss generieren. Bis die Renovationen anstehen, wird man wieder einen Zielwert erreicht haben, der die

40 / 42

Renovationen ermöglicht.

| | | | | | | |
|-------------|----------------------------------|---|--|-----------------------|----------------------|---|
| S. 178 | 20 2032 3730 0700 | FINANZDEPARTEMENT Parkhäuser Übertrag nicht betriebsnotwendiger Überschüsse auf die Finanzverwaltung | | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlech- terung | Betrag | Stimmen |
| 058. | Antrag Stadtrat | | | 4 250 000 | 750 000 5 000 000 | Zustimmung |
| | | | | | Enthaltung | Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP) |
| | | | Begründung: Letztmalige Entnahme (5 statt 0,75 Mio. Fr.), Zielwert Spezialfinanzierung vor Umwandlung in Eigenwirtschaftsbetrieb von 25 Mio. Fr. | | | |

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 1 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 059.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): *An der Badenerstrasse gegenüber dem Plaza hat das Amt für Hochbauten ein Projekt für die Liegenschaftenverwaltung ausgearbeitet, das pro 4-Zimmer-Wohnung Investitionen von 700 000 Franken für eine Sanierung vorsieht. Diese Summe löst Kopfschütteln aus, denn sie würde dazu führen, dass die Mieten massiv steigen. Es handelt sich um ein Objekt, das in das Verwaltungsvermögen überführt wurde. Es geht um Preise, die bei einem Zinsanstieg auch im Markt nicht mehr realisierbar wären. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass man das Projekt überprüfen sollte.*

Felix Moser (Grüne): *Grüne und GLP wechseln zur Mehrheit und stimmen mit der AL.*

| | | | | | | |
|-------------|----------------------------------|---|--------------|-----------------------|-------------------|---|
| S. 180 | 20 2033 3141 0102 | FINANZDEPARTEMENT Einzelwohnliegenschaften im Verwaltungsvermögen Renovationen der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens | | | | |
| | | | Verbesserung | Verschlech- terung | Betrag | Stimmen |
| 059. | Antrag Stadtrat | | | | 0 10 633 000 N | Minderheit |
| | | | | | | Felix Moser (Grüne) Referent, Shaibal Roy (GLP) |

41 / 42

388 000

10 245 000 Mehrheit

Präsident Walter Angst
 (AL) Referent, Vizepräsi-
 dent Michael Baumer
 (FDP), Dorothea Frei (SP),
 Alan David Sangines (SP),
 Peter Schick (SVP),
 Christian Traber (CVP),
 Raphaël Tschanz (FDP),
 Stefan Urech (SVP),
 Florian Utz (SP)

Begründung: Badenerstrasse 110: Überprüfung Projekt, Kostenminderung

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 118 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 060.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Michael Baumer (FDP): *Das HR möchte ein Employer Branding machen. Es geht darum, dass man die Stadt besser darstellt, damit sie als Arbeitgeberin besser dasteht. Ich glaube jedoch nicht, dass man dies durch eine Imagekampagne erreicht. Es müssen verschiedene Faktoren erfüllt sein, damit die Stadt als Arbeitgeberin gut dasteht, so etwa das Arbeitsklima in den Dienstabteilungen. Hier wäre mehr zu tun als im Bereich von Imagekampagnen. Dennoch wollen wir uns nicht ganz verschliessen. Wenn man die Kosten aus einem anderen Bereich aus den Dienstleistungen Dritter kompensieren kann, kann man das tun. Es macht aber keinen Sinn, dass man immer noch Zusätzliches und Neues dazunimmt. Es ist auch nicht nötig.*

Walter Angst (AL): *Die Minderheit ist der Meinung, dass es sich um ein Beispiel handelt, wo sinnvoll Synergien genutzt werden können. Es ist vermutlich klüger, wenn das Employer Branding von der HR-Abteilung übernommen wird, als wenn eine Dienstabteilung versucht, in ihrem speziellen Segment einen Auftritt zu konstruieren. Aus Sicht der Minderheit scheint es sinnvoll, den Betrag nicht zu ändern. Es scheint uns sogar im Sinn der Anträge, die zu Beginn von den Grünliberalen gestellt wurden.*

| | | |
|--------|-------------------------|--|
| S. 183 | 20 2050 3180 0000 | FINANZDEPARTEMENT Human Resources Management Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter |
|--------|-------------------------|--|

| | | Verbesserung | Verschlech- terung | Betrag | Stimmen |
|-------------|-----------------|--------------|-----------------------|--------------------|---|
| 060. | Antrag Stadtrat | | | 546 100 Minderheit | Präsident Walter Angst (AL) Referent, Felix Moser (Grüne) |

42 / 42

100 000

446 100 Mehrheit

Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Begründung: Verzicht «Employer Branding» oder Kompensation aus anderem Bereich

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 181, Beschluss-Nr. 3589/2017).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat